Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreigespalt. Zeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Frey.
Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr.
Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3.
Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

Betrachtungen zur Reichspräsidentenwahl.

Die besondere Art der durch die Verfassung im Artikel 41 bestimmten Volkswahl des Reichspräsidenten findet in sehr vielen Diskussionen eine vollkommen falsche Darstellung. Nicht in letzter Linie ist die richtige Erkenntnis der politischen Verhältnisse nur möglich, wenn auch die formalen Geseze genau bekannt sind.

Der Artikel 41 der Reichsverfassung lautet:

„Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt.“

Wählbar ist jeder Deutsche, der das fünfunddreißigste Lebensjahr vollendet hat.

Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.“

Was bestimmt nun das Reichsgesetz?

Wahlberechtigt ist, wer das Wahlrecht zum Reichstag hat. Die Wahl ist direkt und geheim. Der Wahltag wird durch den Reichstag bestimmt.

Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte aller abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Hat keiner der Kandidaten diese sogenannte absolute Mehrheit erhalten, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Hier gilt derjenige als gewählt, der die höchste Stimmenzahl erhalten hat. Hieraus ergibt sich, daß weder eine Stichwahl noch eine engere Wahl etwa zwischen den zwei Kandidaten, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen, notwendig ist. Es ist auch nichts bestimmt über die im zweiten Wahlgang vorhandene Zahl von Kandidaten. Ebenso können im zweiten Wahlgang völlig neue Kandidaten auftreten, wie dies ja auch bei der Wahl im Jahre 1925 der Fall gewesen ist. Damals kandidierten im ersten Wahlgang Jarres, Braun, Marx, Hellpach und Thälmann. Keiner hatte die notwendige absolute Mehrheit erhalten. Da im zweiten Wahlgang derjenige gewählt ist, der die höchste Stimmenzahl erhält, ergab sich für die republikanischen Parteien der Zwang, eine gemeinsame Kandidatur aufzustellen. Der daraus entstandene Volksblock zwang die rechten Parteien, einen noch zugkräftigeren Kandidaten, als es Jarres war, aufzustellen. Sie schlugen Hindenburg vor, der im ersten Wahlgang gar nicht kandidiert hatte. Er wurde gewählt mit 14,6 Millionen gegen 13,7 Millionen Stimmen, die für Marx und 1,9 Millionen Stimmen, die für Thälmann abgegeben worden waren.

Hieraus ergibt sich, daß Parteien, die aus inneren Gründen im ersten Wahlgang an einer eigenen Kandidatur festhalten, im zweiten Wahlgang doch gezwungen sind, sich zu einer Sammelkandidatur — rechts- oder linksradikal oder Mitte — zu entschließen. Dabei liegt die Gefahr nahe, daß Kandidaten, die als Sammelkandidaten im zweiten Wahlgang in Frage kämen, verzichten, weil sie im ersten Wahlgang nicht gewählt worden sind und daher der Verleumdungsflut nicht

Wir

können unsere Wirtschaft nicht mehr umstellen auf die mittelalterliche Form. Keine Entwicklung läßt sich rückgängig machen. Weil das so ist, deshalb

müssen

wir neue Wege gehen, weil die heutigen „Wirtschaftsführer“ aus der Sackgasse, in die sie uns geführt haben, nicht mehr herausfinden. Wir können unmöglich in der Sackgasse stehenbleiben. Entweder

heraus

und auf neue Wege oder Untergang. Wer nicht mit will, mag in der Sackgasse bleiben. Aber wir dürfen nicht stillstehen, bis die Entwicklung in der Welt über uns hinwegschreitet. Es ist besser,

aus

dieser Erkenntnis die Konsequenzen zu ziehen, mußig neue Wege zu beschreiten, statt am alten Wege liegenzubleiben, bis wir zu schwach geworden sind, uns zu erheben. Wer das einseht,

der

muß handeln. Und zum Handeln berufen ist jetzt die Regierung. Dafür steht sie an der Spitze des deutschen Volkes. Es ist besser, wir bauen weiter, statt zu warten, bis alles zusammenbricht — um dann ganz neu aufbauen zu müssen. Nur Entschlußkraft und Handeln führen uns aus der

Erstarrung!

von neuem ausgeht sein wollen. Daß dies für Thälmann nicht gilt, wird niemand bezweifeln.

Die fehlende Bestimmung einer wirklichen Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl ergibt praktisch auch für 1932, daß im zweiten Wahlgang sich wieder drei Kandidaten gegenüberstehen werden: der Rechtskandidat, Thälmann und ein Kandidat der Mitte. War der Ausgang im Jahre 1925 zweifelhaft, so ist 1932 bei dieser Konstellation das Ergebnis wohl kaum zweifelhaft. Die daraus zu ziehende Schlussfolgerung, die sich schon aus der Beachtung der formalen Geseze ergibt, sollte zu der Einsicht zwingen, daß der Ausgang der Reichspräsidentenwahl nicht im zweiten Wahlgang, sondern im ersten Wahlgang entschieden wird. Es muß daher unsere Aufgabe sein, entweder am 13. März dem Kandidaten der republikanischen Parteien, dem Reichspräsidenten Hindenburg, die absolute Mehrheit zu verschaffen, oder ihm eine so entscheidende Stimmenzahl zu sichern, daß die Voraussetzungen für seinen Sieg und damit die Niederlage des Faschismus gewährleistet sind.

Die

gegenwärtige Krise ist keine Krise, wie wir sie im letzten Jahrhundert kennengelernt haben. Obwohl wir kurz vor dem Frühjahr stehen, hat sich bis jetzt nicht die geringste Änderung zum Besseren gezeigt. Die Wirtschaft befindet sich anscheinend in einer Erstarrung. Das muß die

Regierung

veranlassen, aktiv zu werden. Sie darf nicht erwarten, daß etwa alles von selbst wieder gut werde. Dieser Glaube könnte verhängnisvoll werden. Soll gewartet werden, bis Steuern und Sozialbeiträge überhaupt nicht mehr fließen? Die Regierung

muß

versuchen, die Produktion in Gang zu bringen, indem sie zusätzliche Kaufkraft schafft, was wiederum nur möglich ist durch Schaffung zusätzlicher Arbeit. Die Regierung muß also aus ihrer Lethargie heraus und muß

endlich

den Widerstand einer kleinen Gruppe von Interessenten brechen, um Wirtschaft und Volk zu retten. Pläne über einen gangbaren Weg zur Arbeitsbeschaffung liegen vor. Also möge die Regierung endlich

handeln!

Der Nazi-Leutnant.

Ah — so war es ja in der Vorkriegszeit — Ah, das war der Naturlaut des monokeltragenden Leutnants, wie das Quaken des Frosches.

Man hört dieses Ah fast wieder aus einem an die Arbeiter der Ludwigshafener Anilinfabrik gerichteten Antrags. „Der

Wir schlagen Hitler!

Am 13. März wird mit der Reichspräsidentenwahl die große Schlacht für Volksrechte gegen Diktatur geschlagen. Alle Gliederungen der Eisernen Front gehen in diesen Kampf mit dem festen Willen, schon im ersten Wahlgang den Sieg zu erringen.

Die politische Führung der Eisernen Front hat das Ziel bestimmt. Weder ein Hitler noch ein Duesterberg darf Reichspräsident werden. Auch nicht mit Hilfe der Moskauer Gewalthaber, die mit der Kandidatur Thälmann ein Sprungbrett für Hitler stellen. Mag sich Thälmann noch so sehr bäcken, auch über seinen Rücken hinweg darf Hitler den Stuhl Friedrich Eberts nicht erreichen.

Weil Hindenburg den Eid auf die Verfassung nicht nur geschworen, sondern auch gehalten hat, weil er verfassungsmäßig sein Amt verfeh — darum will man ihn jetzt vom Platze stoßen. Der Weg zu Staatsstreich und Verfassungsbruch soll freigemacht werden.

Eiserne Front! Jetzt gilt es, zu kämpfen! Hitler muß geschlagen werden! Die Eiserne Front kämpft, sie diskutiert nicht. Jetzt gilt es, in eiserner Disziplin der Führung zu folgen. Sieg ist die Parole, Sieg unserer Sache, nicht eines Namens!

Hindenburg ist nicht ein Mann der Eisernen Front. Aber Hindenburg steht gegen Hitler. Jede Stimme für Hindenburg ist ein Schlag gegen Hitler! Jede Stimme für Thälmann ist eine Stimme für Hitler. Darum entscheidet sich die Eiserne Front für Hindenburg und kämpft gegen Hitler.

Eiserne Front! Vorwärts zum Angriff!
Am 13. März wird Hitler geschlagen!

Berlin, den 1. März 1932.

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front.

Gegen

jene muß sich am 13. März unser Kampf mit dem Stimmzettel richten, die an Stelle der Vernunft die Roheit setzen, die durch brutale

Diktatur

die Menschheit schänden wollen. Da Thälmann, der Kommunist, nur Zählkandidat ist, und die kommunistische Zersplitterung in diesem Falle nur den Zweck hat, den Sieg Hitler

und

damit des Faschismus herbeizuführen, kann sich unser Kampf nur gegen die Faschisten richten. Der Mann darf nicht Reichspräsident werden, dessen Anhang den

Mord

auf seine Fahne geschrieben hat. Die ganze Welt müßte zu der Meinung kommen, das deutsche Volk sei ein Volk von Mördern oder — im günstigsten Falle — von Geisteskranken. Wir können unsere Stimme nur

für

einen Kandidaten abgeben, der allen Volksschichten gleiches Recht zugesetzt, der bereit ist, die Verfassung zu schützen, der nicht die

Demokratie

zerstören will, der nicht zum Kriege heßt, der nicht den Bürgerkrieg will, einen Mann mit klarem Kopf

und

gutem Willen für das Staatsganze. Und weil uns nur die Wahl bleibt zwischen zwei Kandidaten, Hindenburg und Hitler, so wählen wir Hindenburg! Nieder mit dem mörderischen Faschismus! Es lebe die

Republik!

„Nazi-Aniliner“ lautet die Überschrift. Da kritisiert der Herr Leutnant so manches und sagt dann:

„Aniliner! Hergehört! Muß das sein? — Nein. Der Nazi-Aniliner verlangt usw. Der Nazi-Aniliner verbittet sich, daß usw. Aniliner! Arbeiter! Gerüche gehen um: Das Werk wird stillgelegt! Hergehört! — Wenn wir im Besitz der Regierungsgewalt sind, wird nicht stillgelegt, sondern hochgefahren! — Hinein in die nationalsozialistische Betriebszelle!“

Hat der Mann eine Ahnung! Wenn er sich einbildet, mit diesem Bequacke einem geistig normalen Anilinarbeiter imponieren zu können, dann ist er zu bedauern. Auslagen werden sie ihn, und das geschieht ihm recht. Wenn er Rekruten braucht, mag er sich eine Schachtel Bleisoldaten kaufen, dann kann er — ohne daß jemand lacht — seine geistige Überlegenheit an den Mann bringen. Aniliner! Färbt ihn blau, den Zivil-Leutnant, oder grün, und setzt ihn in den Froschteich!

Unternehmerbeifall für Hitler.

Adolf Hitler war bekanntlich kürzlich bei den rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen und hat ihnen „die Leviten gelesen“, d. h. eine Strafpredigt gehalten. So behauptet wenigstens das „Arbeiterium“, die nationalsozialistische Betriebszellen-Zeitschrift in der Nummer vom 1. März 1932.

Bekanntlich sind die Kapitalisten die schlimmsten Materialisten, die nie genug kriegen können. Deshalb die Strafpredigt Hitlers. Hören wir nun, was die Betriebszellen-Zeitung der marxismuskranken Nazis berichtet:

„Adolf Hitler wies in Düsseldorf auf das schärfste die Klassenpaarung in „Bürger“ und „Proletarier“ zurück und brandmarkte das Verbreden der marxistischen Volksführer ebenso wie die verständnislose Einstellung eines feigen Spießbürgertums zum Idealismus der heutigen deutschen Jugend, wie er sich im Nationalsozialismus und im neuen Adel seines Arbeiterturns verhöferte. Er rief den Wirtschaftsführern zu: „Sagen Sie nicht, es sind die Proleten schuld! Nein, alle haben ein gerüttelt Maß

von Schuld daran, auch Sie! Er forderte eine geistige Umstellung, mahnte zur persönlichen Anteilnahme an dem Geschick auch des ärmsten Volksgenossen und sagte dem Materialismus im Wirtschaftsleben, wo er auch zu finden sei, den Kampf an, rücksichtslos gegen jeden, der sich an den Lebensinteressen der Nation verständig. Wenn die rheinisch-westfälischen Wirtschaftsführer Adolf Hitlers deutsche Worte verstanden haben und diesem Verständnis durch spontanen, uneingeschränkten Beifall Ausdruck geben, ...“ usw.

Kein Wunder, daß die Industriellen nach einer solch naiven Kapuzinade vor Vergnügen lachten, strampelten und klatschten. Daß ein erwachsener Mensch so viel ungereimtes Zeug redet, ist schon allerhand; aber daß solche Leute als Messias ausgegeben werden, macht auch die Kuren mit weißem Käse verständlich. Das tollste ist, daß es Arbeiter gibt, die hinter dieser politischen Quacksalberei herlaufen.

Hoffentlich erwischt Adolf Hitler recht bald den Kerl, der die Klassenpaarung in „Bürger“ und „Proletarier“ verbrochen hat. Heilige Einfalt! Heul, Hitler!

Von der R.D., der R.G.D. und vom Balkenbiegen.

Drei interessante Fälle.

In Mittelfrankland, so um Halle, Merseburg, Weizenfels, ist jetzt wieder viel los. Schon in ruhigen Zeiten geht es hier lustig zu. Da schimpfen und brüllen die verschiedenen politischen Abenteuerer, Stahlhelmer, Nazis und Kommunisten, um die Wette. Da ist in jedem Dorf in jeder Woche mindestens eine Demonstration. Da werden die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokraten nach Strich und Faden verleumdet. Da strömen die Arbeiter, wenn man den Zeitungen dieser Scharlatane glauben soll, haufenweise zu der R.D. und zu den Nazis. Da sind wir überhaupt nicht mehr da, wir werden buchstäblich aufgefressen. Da wird mindestens jeden Tag einmal irgendwo in einem Betrieb ein „Kampfausbruch“ gebildet und ein Streik beschlossen. Mit uns ist es aus und vorbei. Also kurz und gut, da stehen wir ständig entweder vor der Verwirklichung des Dritten Reiches oder vor einem Sowjet-Deutschland. So ist es, wie gesagt, bei „ruhigen“ normalen Zeiten. — Jetzt aber stehen wir vor großen staatspolitischen Entscheidungen. — — — Kann sich der Leser nun einen Begriff davon machen, was bei uns los ist? —

Jetzt wird geschimpft, verleumdet, gedichtet, behauptet und geschwafelt, daß sich die Balken biegen. Jetzt stehen wir direkt im Trommelfeuer. Eigentlich zu dumm, daß diese Großmäuler, nach deren Meinung wir längst kaputt sind, noch soviel Kraft wegen uns vergeuden. Ich kenne meine Freunde von ganz links viel zu gut, als daß ich nicht wüßte, daß sie es jetzt in allen anderen Bezirken genau so wie hier bei uns treiben. Aber da sind ja drei interessante Fälle, die wert sind, über unser mittelfränkisches Sorgengebiet hinaus bekannt zu werden.

1. Fall.

Zuerst die Paraffin- und Kerzenfabrik in Köpfen bei Weizenfels. Dort ist ein „roter Betriebsrat“. — Jawohl, eine rote Betriebsrat — die Kommunisten nannten ihn so. Wie überall, so brachte auch hier der durch die Notverordnung verordnete Lohnabbau große Erregung. Das war so die richtige Stimmung, um den schlappschwänzigen Reformwüsten einmal zu zeigen, was eine Harke ist. Also los! — Am 6. Januar 1932 fand eine Belegschaftsversammlung statt. Über diese Versammlung brachte die kommunistische Presse mit knalliger Überschrift folgenden Bericht:

„Die Belegschaft der Fabrik Köpfen kampfbereit! Kampfansatz gemacht! Im Januar wird kein Lohnabbau vorgenommen! Allein die Streikmobilisierung hat diesen ersten Erfolg erzielt! In der Fabrik Köpfen, einer Vitum- und Kerzenfabrik im Weizenfelder Revier, erklärte die Werksleitung unter dem Druck eines Streikbeschlusses, der in einer gut besuchten Belegschaftsversammlung gefaßt wurde, daß der 15prozentige Lohnabbau im Januar nicht durchgeführt wird. Die Belegschaft stand einschließlich der sozialdemokratischen Arbeiter völlig geschlossen hinter dieser Bewegung.“

Da haben wir's, eine feine Sache, ein glänzender Erfolg! Ja, wo rote Betriebsräte sind — — —

Als aber dann die Lohnzahlung kam, da gab es lange Geschichter — der Lohn war doch abgegangen. Es stellte sich heraus, die ganze Geschichte war ein aufgelegter Schwindel. Aber na, warte — die Kommunisten werden uns das schon beweisen. Es wurde also wieder aufgeschoben. Noch einmal wurden zwei Versammlungen, eine am 17. und eine am 20. Januar, aufgedreht — und mit ein paar Männlein von irgendwoher wurde dann schließlich ein 24ständiger Streik beschlossen.

Das war am 20. Januar. Am 21. Januar, frühmorgens, war an der Fabrik folgender Anhang zu lesen:

Bekanntmachung!

In einer am 20. Januar in Wehen abgehaltenen Versammlung ist der Belegschaft der Fabrik Köpfen geraten worden, am Sonnabend, dem 23. Januar, in einen 24ständigen Streik zu treten. Die Arbeiterratsmitglieder der Fabrik Köpfen:

Max Hebestreit, Walter Dinger, Ernst Großmann, Max Portius, Hugo Siebert und Ernst Schellenberg waren die Belegschaft, der Streikaufrufung nachzukommen, da Streikbeteiligung eine fruchtlose Entlassung zur Folge hat.

Fabrik Köpfen, den 21. Januar 1932.

Der Betriebsratsvorsitzende der Fabrik Köpfen.

Max Hebestreit.

Das sind rote Betriebsräte — verdammt nochmal! Von dieser Zeit an hat die kommunistische Presse über den Fall nichts mehr berichtet.

Dieser „Siegreiche“ Kampf ist in dem berühmten Pamphlet, das die kommunistische Schwindelzentrale unter der Überschrift:

„100 Siegreiche R.G.D.-Streiks!“

über ganz Deutschland verbreitet liegt, unter Nr. 25 registriert, es heißt da:

„Firma Köpfen, Leuzenau. Durch Kampfschlüssigkeit Lohnabbau vorläufig abgewehrt!“

2. Fall.

In der Weizenfelder Papierfabrik, Belegschaft etwa 900 Mann, wurde seinerzeit mit Hilfe der gelben Werkvereiner ein R.G.D.-Mann zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Mehr schlecht als recht führte der arme Kerl die Geschäfte.

Werkverein und R.G.D. hatten sich gegenseitig die Seele verschrieben. Auf Gedeih und Verderb waren sie in diesem Betrieb miteinander verbunden. Der Dritte in diesem Bunde ist der Herr Direktor des Betriebes, der als Ehrenmitglied des Werkvereins die Pläne ausarbeitet. Die drei hatten nur ein Ziel, den Einfluß des Fabrikarbeiterverbandes im Betriebe zu zerstören. Sie hassen uns alle gleichmäßig. So hatte man sich also ein feines Pländchen ausgeheckt — aber es hat nicht geklappt. Die Sache war so. Es steigt eine Belegschaftsversammlung. Anwesend sind 24 Männleken. Mit den Stimmen der R.G.D. und des Werkvereins wird bei Stimmengleichheit beschlossen, daß ein R.G.D.-Vertreter spricht. Wir waren nur mit unseren Betriebsfunktionären zur Information dort und haben nach diesem Beschluß die Versammlung verlassen. Die Werksleitung mit dem Werkvereinsdirektor stellte nun beim Arbeitsgericht den Antrag, den Gesamtbetriebsrat seines Amtes zu entheben, da er seine Pflichten gröblich verlegt habe. Grund: an der Betriebsversammlung hätten Werksfremde teilgenommen und gesprochen, und der Betriebsrat hätte das zugelassen. Zeugen: die Werkvereins-Betriebsräte. — Fein, was? Erst stimmen sie dafür, daß der Betriebsfremde spricht, und dann wollen sie bezwingen, die anderen hätten das gemacht. — Vor dem Arbeitsgericht wurde aber das Schandspiel aufgedeckt und der Nachweis geführt, daß die Freigewerkschafter mit der Sache nichts zu tun hatten, und daß sie wiederholt gegen die hinterhältige Geschäftsführung des R.G.D.-Vorsitzenden und der Drahtzieher vom Werkverein protestiert und Widerspruch erhoben hätten. Wohl oder übel mußte der gelbe Direktor seine Klage gegen die freigewerkschaftlichen Betriebsräte zurückziehen. — Jetzt standen also nur noch die Werkvereiner und der R.G.D.-Mann unter der Anklage. Und nun geschah etwas ganz Wunderbares. Gerade als das Arbeitsgericht das Urteil verkünden will, läßt der Herr Direktor durch seinen Vertreter dem Arbeitsgericht sagen, daß die Firma an der Durchführung der Klage kein Interesse mehr habe und — der Klageantrag wird zurückgezogen. Hatte was gemerkt? Weil man die freien Gewerkschaften nicht mehr treffen konnte, deshalb hatten die Herren

Werkverein, R.G.D. und der Herr Direktor arbeiten auch jetzt wieder einträchtig zusammen. Wir sind gespannt auf den nächsten Fall — — —

3. Fall.

„Wieder ein Streikerfolg!“

(Eigene Meldung.) Groß-Kayna, 11. Januar.

Wir berichteten bereits, daß der Unternehmer der Glasbläse in Groß-Kayna vor dem Streik der Belegschaft zittert. Wir schrieben, daß der Werkspolizist Albrecht auf Erwerbslose schob, die sich vor dem Betrieb postierten. Die Witte des Unternehmers ist ja begreiflich, denn die Belegschaft legte durch, daß alle Lohnrückstände ausgezahlt werden mußten.

Erwerbslose waren durch den Jam gekommen und demonstrieren im Betriebe. Sie gingen an die Arbeitsplätze der Glasbläserproleten und fragten sie, wie lange sie eigentlich noch für die Löhne schufteten wollten. Die Betriebsarbeiter waren sehr über die Erwerbslosenaktion erfreut. Fast eine Stunde arbeiteten sie nicht und unterhielten sich mit den Erwerbslosen.

Mancher Betriebsprolet hatte Lohnrückstände von mehreren Monaten zu bekommen. Die Werksleitung forderte die Arbeiter auf zu arbeiten. Diese erklärten, erst wenn ihr uns den Lohn auszahlt.

Die Werksleitung versprach es, und der Lohn ist ausgezahlt worden. Jetzt hat der Erfolg der Belegschaft diese zu weiteren Schritten veranlaßt. Die Belegschaft fordert eine anfechtbare Werkszulage für den zehnprozentigen Lohnabbau, der durch Tarifdiktat durchgeführt wurde. Die Erwerbslosen haben den Glasbläserproleten die vollste Kampfsolidarität zugesichert. In den nächsten Tagen wird die Belegschaft weitere Schritte zur Erhaltung ihrer Lebensgrundlage tun — — —

Punktum — so stand es in der kommunistischen Zeitung von Mittelfrankland, im „Klassenkampf“, Nr. 9 vom 12. Januar 1932. Wer das liest, der glaubt, na, da ist allerhand los. — Aber wißt ihr, was dran ist? Nicht ein wahres Wort. Gar nichts ist passiert. Da sind einmal bei Nacht und Nebel einige junge Barschen in den Betrieb hineingekommen — aber 10 Minuten später waren sie schon wieder draußen.

Kein Mensch hat davon Notiz genommen. Die Kollegen hatten weder Lust noch Zeit, sich mit diesen Barschen zu unterhalten. Von Lohnrückständen, die da angeblich gezahlt worden sind, von einer anfechtbaren Werkszulage usw. ist gar keine Spur. Ein Tarif besteht dort überhaupt noch nicht. Alles ist von A bis Z erlogen. Aber die ganze Geschichte wird erst verständlich, wenn man weiß, daß seit Wochen und Monaten unsere Organisation, der Fabrikarbeiterverband, sich mit dem Unternehmer hermitschlägt. Daß es uns gelungen war, von dem bei der Eröffnung des Betriebes in den Betrieb

gebrachten „Unorganisierten“ einen großen Teil zu organisieren. Daß wir mit vielen Mühen einen Arbeitsvertrag geschaffen und einen Betriebsrat wählen konnten. Daß wir jetzt dabei sind, einen Lohnvertrag zu schaffen. Den Triumph aber können und wollen uns die Kommunisten nicht überlassen — deshalb wischen sie dazwischen.

Wenn man eben nichts Besseres hat — na, da wird geschwafelt. Die Schwindelzentrale in Berlin kommt nicht in Verlegenheit, dafür sorgen schon die Unteroffiziere.

In diesem Betrieb gibt es auch einen gelben Werkverein. Der Führer dieses gelben Vereins, ist der ehemalige kommunistische Fahnenträger Pfaller von Geisfeldal. Das berichtet aber die Schwindelzentrale nicht. S. Fischer (Merseburg).

Die Arbeiter brandmarken die Verleumder der R.G.D.

Die kommunistische Hezpresse und ihre Lügenapostel verbreiten in einigen Betrieben die Behauptung, der Bevollmächtigte des Fabrikarbeiterverbandes, Kollege Hertwig, habe bei den Verhandlungen über die Beendigung des wilden Streiks bei der Firma Lindgens & Söhne in Köln-Mülheim teilgenommen. Es wird ihm ferner zur Last gelegt, daß er an der Abfassung der famosen Erklärung der R.G.D.-Betriebsräte mitgewirkt habe, und daß er auch bei einer Streikversammlung am 4. Januar anwesend gewesen sei.

Um die Verleumder vor aller Öffentlichkeit zu brandmarken, haben wir die Kollegen, die sowohl an dem Streik wie auch teilweise an den Verhandlungen teilgenommen haben, aufgefordert, sich zu diesen Verleumdungen zu äußern. Darauf erhielten wir die nachstehende

Erklärung!

1. Die in der chemischen Fabrik Kalk von der R.G.D. verbreiteten Gerüchte, der Kollege Hertwig habe an der Streikversammlung der Arbeiterschaft der Firma Lindgens & Söhne in Mülheim am 4. Januar 1932 teilgenommen, sind unwahr. Wer solche Märchen verbreitet, sagt die Unwahrheit. Richtig ist, daß kein Vertreter der Gewerkschaften in dieser Versammlung anwesend war.
2. Wir haben den Fabrikarbeiterverband auch nicht telephonisch benachrichtigt, daß in unserem Betriebe ein Streik ausgedroht sei.
3. Es ist unwahr, daß der Kollege Hertwig an den Verhandlungen mit der Firma und der Streikkommission teilgenommen hat, wobei über die Bedingungen der Wiedereinstellung der Betriebsratsmitglieder verhandelt wurde.
4. Wahr ist, als die Arbeit um 1 Uhr wieder aufgenommen wurde, daß dann der Kollege Spengler auf das Verbandsbüro nach Köln zum Fabrikarbeiterverband gegangen ist und dem Kollegen Hertwig, nachmittags gegen 2 Uhr, Bericht erstattet hat.
5. Wir bestätigen ferner, daß die Belegschaft von der R.G.D.-Leitung irreführt worden ist, da man uns erklärte, in Leuzenau und in anderen chemischen Fabriken würde gestreikt. Alle diese Mitteilungen haben sich als unwahr erwiesen, so daß einwandfrei feststeht, daß die R.G.D.-Leitung bewußt die Belegschaft belogen hat.

Köln-Mülheim, den 24. Februar 1932.

Th. Spengler,
Heint. Michel,
Karl Stolz,
Christian Becker,
Lorenz Richmann.

Auch die weiteren Verdächtigungen, Hertwig hätte im Polizeipräsidium die Verhaftung der Betriebsratsmitglieder veranlaßt, ist eine Lüge, die jederzeit widerlegt werden kann. P. Hertwig.

Verstaatlichung der Montanindustrie.

In der Nr. 10 des „Proletariats“ wurde bereits mitgeteilt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen „Entwurf eines Gesetzes zur Verstaatlichung der Montanindustrie“ eingereicht habe. Vor der Abstimmung über diesen Entwurf im Reichstag haben die Nationalsozialisten die Flucht ergriffen. Diese Leuten brachten nicht den Mut auf, zu dem Antrag offene Stellung zu nehmen. Für den Entwurf zu stimmen getrauten sie sich nicht aus Angst vor den Unternehmern. Wegen den Entwurf zu stimmen wagten sie nicht aus Furcht vor den Proleten. Also rückten sie aus, benahmen sich als Deserteure.

Der Entwurf selbst hat folgenden Wortlaut:

I.

Die im Privateigentum befindlichen Betriebe des Bergbaues einschließlich der Nebenbetriebe sind gegen Entschädigung in Reichseigentum zu überführen.

II.

Die mit dem Kohlenbergbau verbundenen Betriebe der Großeisenindustrie sowie die mit dem Metallbergbau verbundenen Hütten und Walzwerke sind gegen Entschädigung in Reichseigentum zu überführen.

III.

Für die Entschädigung sollen folgende Richtlinien gelten: Die Entschädigung erfolgt auf der Grundlage der gegenwärtigen Ertragswerte der vom Reich übernommenen Gesamtanlagen einer Unternehmung, jedoch mit der Maßgabe, daß nur für den Teil der übernommenen Anlagen, der im Durchschnitt der Kalenderjahre 1929—1931 effektiv ausgenutzt wurde, Entschädigungsanspruch besteht.

Rückständige Steuerbeiträge, Forderungen und bereits gewährte Zuschüsse der öffentlichen Hand werden aufgerechnet. Die Abgeltung für das auf dieser Grundlage ermittelte Restvermögen erfolgt in Form einer befristeten Rente im Normalfuß von 5 v. H.

IV.

Die in Reichseigentum überführten Betriebe sind nach Industriezweigen in regionale Aktiengesellschaften und zentrale Dachgesellschaften zusammenzufassen, an deren Aufsichtsgremien Vertreter des Reichstags sowie der gewerkschaftlichen Fachverbände und Spitzenorganisationen angemessen zu beteiligen sind.

Die Entschädigung an die bisherigen Eigentümer soll also nur den tatsächlichen gegenwärtigen Wert berücksichtigen, und es ist bekannt, daß gerade in der Schwerindustrie bei vielen Unternehmungen ein großer Teil des Aktienkapitals als verloren anzusehen ist. Die Entschädigung soll nicht in bar, sondern durch Gewährung einer fünfprozentigen Rente erfolgen. Steuerzuschüsse und bisher gewährte staatliche Subventionen sollen angerechnet werden.

Wird dieser Antrag Gesetz, so besteht die Möglichkeit, mit dem Skandal ein Ende zu machen, daß einige Bestler der Bodenwerte die Produktion einstellen und die Arbeiterschaft auf die Straße werfen, während Millionen deutscher Volksgenossen, Männer, Frauen und Kinder, kein warmes Zimmer haben. Der Volksfeind heißt Kapitalismus, sein feiger bezahlter Knecht aber heißt Nationalsozialismus.

Abänderung der Notverordnung vom 8. Dezember 1931.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dem Reichstag einen Entwurf eingereicht, der die Beseitigung der sozialpolitischen Härten bezweckt, die die Notverordnung vom 8. Dezember auf dem Gebiet der Sozialversicherung und der Fürsorge gebracht hat. Es handelt sich hier vor allem um folgendes:

1. Bei der Krankenversicherung soll die Beschränkung auf die Regelleistungen aufgehoben werden;
2. bei der Unfallversicherung sollen Erleichterungen zugunsten der niedrigen Renten eintreten;
3. Verbesserungen bei der Gewährung der Waisenrenten bzw. des Kinderzuschusses in der Invaliden- und in der Angestelltenversicherung;
4. Beseitigung der gegenseitigen Anrechnung beim Zusammenreffen der Renten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung;
5. Beseitigung von Härten bei den Ruhevorschriften bei Zusammenreffen von Renten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung mit Krankengeld, Unfallrente usw. Während die Notverordnung alle Doppelbezüge aufgehoben hat, soll die frühere Freigrenze bei der Abrechnung wieder eingeführt und von 25 auf 40 Mark erhöht werden.
6. Neue Vorschläge bringt der Gesetzentwurf über die gegenseitige Anrechnung der Wartezeiten beim Übergang von Versicherungen aus der Invalidenversicherung in die Angestelltenversicherung und umgekehrt.

Der Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Fraktion über die Abänderung der wohnungswirtschaftlichen Bestimmung der Notverordnung sieht insbesondere vor:

1. Ausdehnung der Mietsenkung auf die Untermieter;
2. Wiederherstellung der bisherigen Vorschriften des Mieter-schutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes;
3. Streichung der Vorschriften über das alsbaldige Außerkräfttreten des Wohnungsmangelgesetzes, des Reichsmietengesetzes und des Mieter-schutzgesetzes.

Erfolge der nationalsozialistischen Verbrecher-schule.

Unser Kollege Wittig, Geschäftsführer der Zahlstelle Steinach, erhielt einen Brief mit Datumstempel vom 24. Februar 1932 und mit folgendem Inhalt:

Steinach den 20. Februar 1932.

An Christian Wittig
Wir wünschen Dir in diesen Jahr den Lotengruß für immer dar
Zwei Handgranaten von der Straße aus genügen Dir vollkommen in Dein Haus
Auch stecken wir Dein Kopf auf den Zaun den Publikum zur Schau.
„Du brauchst nicht zu lachen ohne Scherz dran glauben muß dein Genosse Lärz.
Auch Krankenkassenbonzen und Conjum die Köpfe drehen wir euch rum die kommen dann auf einen Pfahl so haben sie ein schönes Denkmal ihr habt noch Frieß bis zum 15. März es ist ohne Scherz
Wir rufen dan mit euch ist aus und schreiben mit euren eigen Blut an euren Haut Deutschland erwache: Heil Hietler
Mit den Kommunisten machen wir es nicht viel besser, die Schlachten wir bis aufs Messer.
Heil Hietler
Deutschland erwache.

Wichtige Entscheidung des Reichsversicherungsamts für Staub-lungenkranke.

Der § 12 Abs. 2 der zweiten Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929 hat die Berufsgenossenschaften häufig veranlaßt, zugunsten der Berufskranken zu entscheiden. In diesem Ab-satz des Paragraphen wird nämlich bestimmt, daß der An-spruch auf Rente bei Vermeidung des Anschlusses spätestens ein Jahr nach dem Inkrafttreten der Verordnung bei dem Versicherungs-träger anzumelden ist, dem der Betrieb, den die schädigende Einwirkung zugeschrieben wird, angehört. Der § 1547 RVO. gilt entsprechend mit der Maßgabe, daß die Frist zur nachträglichen Anmeldung ein Jahr beträgt.
Die Frist war also am 31. Dezember 1929 abgelaufen. Die einzelnen Berufsgenossenschaften haben nun versucht, alle Anträge, die nach 1929 gestellt wurden, als verspätet zurück-zuweifen.

Die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 5. Januar 1932 hat dieser Ungerechtigkeit nun endgültig ein Ende bereitet. Wir lassen die Entscheidung nebst Begründung folgen und bitten die Kollegenschaft, hiervon entsprechend Notiz zu nehmen:

„Ist eine Entschädigung für eine Steinstaublunge abgelehnt, weil sie zur Zeit der Antragstellung nur eine Steinstaublunge mittleren Grades war, so schließt es die Entschädigungspflicht nicht aus, wenn später eine Verschlimmerung eintritt und die Steinstaublunge, obgleich der Beruf nach der ersten Antragstellung auf Entschädigung nicht weiter ausgeübt worden, zu einer solchen schweren Grades geworden ist. — Entscheidung vom 5. Januar 1932.

Entscheidungsgründe:
Unstreitig ist, daß die durch eine berufliche Beschäftigung bis zum 2. Januar 1927 verursachte Staublungerkrankung des Klägers sich im Laufe des Jahres 1930 zu einer Erkrankung schweren Grades entwickelt hat, daß also im Jahre 1930 — die Beklagte hat als Beginn der Erkrankung den 7. Februar 1930 angenommen

— eine Berufskrankheit im Sinne der zweiten Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929 entstanden ist. Streitig ist, ob der Kläger, der wegen der Staublungerkrankung bereits im März 1929 einen Entschädigungsanspruch auf Grund der genannten Verordnung erhoben hätte, mit diesem aber durch den Bescheid der Beklagten vom 28. Mai 1929 und durch die rechtskräftige Entscheidung des Senats für Berufskrankheiten beim Reichsversicherungsamt vom 7. Dezember 1929 abgewiesen worden war, weil zur Zeit des Erlasses dieser Entscheidungen eine Erkrankung nur mittleren Grades, also keine Berufskrankheit im Sinne der Verordnung vorgelegen hatte, berechtigt ist, auf Grund des nunmehr eingetretenen Versicherungs-falles von neuem Ansprüche geltend zu machen.
Diese Streitfrage war im Gegensatz zur Ansicht der Vorinstanzen zu bejahen.

Zunächst ist es für das jetzige Verfahren ohne rechtliche Bedeutung, daß in dem früheren Verfahren der Anspruch des Klägers rechtskräftig abgelehnt worden ist. Denn nach den Gründen der Entscheidung des Senats für Berufskrankheiten vom 7. Dezember 1929 ist durch diese nur festgestellt worden, daß eine ent-schädigungs-pflichtige Berufskrankheit nicht vorgelegen hatte, mithin ein Entschädigungsanspruch überhaupt nicht entstanden war. Die Rechts-lage in dem jetzigen Verfahren, in dem, wie ausgeführt, un-streitig ist, daß nach Abschluß des früheren Verfahrens eine Berufskrankheit im Sinne der Verordnung entstanden ist, ist daher genau die gleiche, als wenn der Kläger vorher überhaupt noch keinen An-spruch erhoben hätte. Hiernach steht die Rechtskraft der Ent-scheidung vom 7. Dezember 1929 der erneuten Geltendmachung des Anspruches nicht entgegen.

Ausblick ins Dritte Reich.

Wir werden unsere Bewegung in die Betriebe tragen und von dort aus die Gewerkschaften erobern.
Dr. Goebbels im „Angriff“.

Auch die Gewerkschaften werden mit Stumpf und Stiel ausgerottet, wenn die NSDAP. zur Macht kommt.

Abg. Papenbrock auf dem Thür. Gau-tag.

Die beherrschende Stellung des Arbeitgebers wird auch in Zukunft aufrechterhalten; die Lahmlegung durch die Schlichtungsinstanzen kann sich kein Arbeitgeber gefallen lassen. Dem Arbeitgeber muß das Aufatmen wieder gestattet sein.

Dr. Wagner,
Wirtschaftsreferent im Braunen Haus in München, in einer Rede vor der Schwerindustrie in Offen.

Ebenso wenig hindert der Ablauf der Ausschlussfrist des § 12 Abs. 2 Satz 1 der Verordnung die Erhebung des Anspruches im vorliegenden Falle. Denn diese Ausschlussfrist ist nach Ansicht des erkennenden Senats, der sich insoweit den Gründen der Rekur-sentscheidung des Zweiten Rekursenats vom 9. Dezember 1931 in der Unfallversicherungssache Heidtmann gegen die Maschinenbau- und Klein-eisenindustrie-Berufsgenossenschaft — Ia 4646/31 — an-geschlossen hat, schon aus rein logischen Erwägungen auf solche sogenannten Rückwirkungs-fälle überhaupt nicht anwendbar, in denen eine zu entschädigende Berufskrankheit und damit ein Entschädigungsanspruch erst nach Ablauf der Frist entstanden ist. Aus den gleichen Erwägungen kommt für derartige Fälle auch eine ent-sprechende Anwendung des § 1547 RVO. nicht in Frage, wie sie § 12 Abs. 2 Satz 3 der Verordnung vorseht.
Denn § 1547 der RVO. regelt die nachträgliche An-meldung von Ansprüchen, die innerhalb einer für die Anmeldung vorgesehenen Ausschlussfrist nicht angemeldet worden sind, kann also auch nur Fälle betreffen, in denen innerhalb der Anmeldefrist ein Anspruch überhaupt schon entstanden war. Man muß daher bei der Entscheidung des vorliegenden Falles von der die Absicht des Gesetzgebers eindeutig wiedergebenden Vorschrift des § 12 Abs. 1 der Verordnung ausgehen, daß alle Berufskrankheiten ent-schädigt werden sollen, die wesentlich durch berufliche Beschäftigung nach dem 31. Dezember 1919 in Betrieben verursacht worden sind, die in Spalte II der Anlage zur Verordnung bezeichnet sind, und zu dem Ergebnis kommen, daß der Kläger mit seinem am 25. April 1930 angemeldeten Entschädigungsanspruch nicht ausgeschlossen ist. Dabei kann dahingestellt bleiben, innerhalb welcher Ausschlussfrist Ansprüche aus Rückwirkungs-fällen, die erst nach dem 31. Dezember 1929 eingetreten sind, angemeldet werden müssen, ob innerhalb von zwei Jahren (§ 1546 RVO.) oder innerhalb eines Jahres (§ 1547 RVO. vom 11. Februar 1929). Die Beklagte ist daher verpflichtet, den Kläger dem Grade der Minderung seiner Erwerbsfähigkeit entsprechend zu entschädigen. Die Verurteilung der Beklagten konnte nur dem Grunde nach erfolgen, da die Akten keine ge-nügenden Unterlagen für eine Festsetzung der Rente der Höhe nach enthielten.

Nach dieser Entscheidung in Verbindung mit der oben-erwähnten Verordnung ist also für den Rentenanspruch allein die Tatsache ausschlaggebend, daß der Antragsteller sich die Krankheit bei einer Beschäftigung nach 1919 in einem Be-triebe, der der Versicherung unterliegt, zugezogen hat.

Des weiteren muß der Antrag nicht in der Zeit bis zum 31. Dezember 1929 gestellt sein, wenn z. B. die schwere Staub-lunge noch nicht vorhanden war.

Jos. Milewiczek, Hannover.

Wichtige Entscheidung des Spruch-senats zu dem § 89a und dem § 112 WZWG.

Im Heft 6 des Reichsarbeitsblattes von 1932 wird im Teil IV auf Seite 106 unter 4332 eine wichtige grundsätzliche Entscheidung des Spruchsenats vom 22. Januar 1932 ver-öffentlicht.

Diese Entscheidung ist für alle Erwerbslosen von großer Bedeutung, welche bei den Eltern oder Schwiegereltern wohnen, die Landwirtschaft besitzen. Insbesondere für die Verheirateten, wenn sie mit ihrer Familie in häuslicher Ge-meinschaft mit den Eltern resp. Schwiegereltern leben, ist die Entscheidung sehr wichtig.

Der § 112 jagt zunächst: Was der Arbeitslose durch Ge-legenheitsarbeit verdient, wird auf die Arbeitslosenunter-stützung nicht angerechnet, soweit der Verdienst in einer Kalenderwoche 20 v. H. desjenigen Betrages nicht übersteigt, den der Arbeitslose bei voller Arbeitslosigkeit an Unterstützung ein-schl. der Familienzuschläge für die Kalenderwoche beziehen würde. Der Mehrerwerb wird zu 50 v. H. angerechnet. — Auf Grund dieses Paragraphen in Verbindung mit § 89a WZWG. hatte der Vorsitzende eines Arbeitsamtes einen Mauerpolier mit seinem Antrag auf Au abgewiesen, weil

er bei seinen Schwiegereltern wohnt, die Landwirtschaft be-treiben. Das Vermögen hat eine Gesamtgröße von 17,41 Hektar, davon sind 9,93 Hektar Landwirtschaft und 7,47 Hektar forstwirtschaftlich genutzte Fläche. Der Spruchaus-schuss gab dem Einspruch des Mauerpoliers mit Stimmenmehrheit statt; die Spruchkammer gab den Streitfall gemäß § 182 Abs. 1 WZWG. an den Spruchsenat weiter zwecks grund-sätzlicher Entscheidung der Fragen:

1. ob es für die Anwendung des § 112 WZWG. erforderlich sei, daß ein anrechenbarer Verdienst tatsächlich erzielt wird, oder ob es genüge, daß der Arbeitslose nach den Erfahrungs-tatsachen des täglichen Lebens und den Verhältnissen des Einzelfalles die Möglichkeit hat, sich voll oder teilweise zu betätigen und wirtschaftliche Wertarbeit zu leisten, und ob
2. Arbeitslosigkeit zu verneinen sei, wenn wirtschaftliche Wert-arbeit in einem solchen Umfange möglich ist, daß die volle Arbeitskraft des Arbeitslosen ausgenutzt wird.

Einleitend heißt es in der Entscheidung des Spruchsenats:

„Verdienst im Sinne von § 112 WZWG. ist bei einem Arbeitnehmer das Arbeitsentgelt, das er tatsächlich verdient. Darauf, ob er nach den Um-fänden des Falles einen Verdienst zumutbarer-weise erzielen könnte, kommt es nicht an.

2. Lebt ein Arbeitnehmer nach Verlust der Arbeitsstelle bei seinen Schwiegereltern, so wird Arbeitslosigkeit im Sinne von § 89a WZWG. nicht schon dadurch ausgeschlossen, daß er nach den Verhältnissen des landwirtschaftlichen Betriebes der Schwiegereltern und den persönlichen Verhältnissen der Beteiligten den erforderlichen Lebensunterhalt in diesem Be-triebe erwerben könnte.“

Ferner ist von großer Bedeutung, was am Schlusse der Begründung ausgesprochen wird:

„Über die Frage, ob ein Verdienst zugewiesen werden kann, ist keine nach dem § 112 WZWG. ...scheidende Frage des materiellen Rechts, sondern eine Frage der Ermittlung der tatsächlichen Verhältnisse und eine Beweis-frage. Sie vermag nichts an der grundsätzlichen Auffassung zu ändern, daß nur ein tatsächlich erzielter Verdienst auf die Unterstützung anzu-rechnen ist.

Die zweite Frage, ob Arbeitslosigkeit zu verneinen ist, wenn wirtschaftliche Wertarbeit in dem Betriebe des Schwiegereltern in einem solchen Umfange möglich ist, daß die volle Arbeitskraft des Arbeitslosen ausgenutzt wird, ist ausschließlich nach § 89a WZWG. zu beurteilen. Sie war zu verneinen. Schwiegereltern und Schwiegerkinder gehören nicht zu dem im § 89a WZWG. auf-geführten Personenkreis, auf dessen Betrieb allein der Arbeitslose zum Erwerb oder Miterwerb des erforderlichen Lebensunterhalts unter den in der Vorschrift näher bezeichneten Voraussetzungen ver-wiesen werden kann (zu vergleichen auch die E. 4324 Nr. 1932 S. IV 100). Schwiegereltern stehen daher sonstigen dritten, nicht unter § 89a fallenden Personen gleich. Der Arbeitslose kann ebenförmig auf eine Beschäftigung bei seinen Schwiegereltern wie bei dritten Personen verwiesen werden. Eine allgemeine, die Arbeitslosigkeit ausschließende Rechtspflicht zur Annahme einer Arbeit besteht nach dem WZWG. nicht.“ R. Wiesenhütter.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

An die Mitglieder der freien Gewerkschaften.

Die Aufhebung des Demonstrationsverbots in Preußen gibt der Eisernen Front die Möglichkeit, in öffentlichen Auf-märchen und Kundgebungen unter freiem Himmel ihren Willen, Sittler am 13. März unter allen Umständen zu schlagen, eindrucksvoll und eindeutig zu bekunden.

Wir rufen daher unsere Mitglieder auf, sich an allen von den bezirklichen und örtlichen Kampfleitungen der Eisernen Front angeforderten Demonstrationen und Kundgebungen zu beteiligen. Andere Veranstaltungen, soweit sie mit denen der Eisernen Front zusammenfallen, müssen mit Rücksicht auf die große gemeinsame Aufgabe, den Faschisten durch die Wahl Hindenburgs eine entscheidende Niederlage zu bereiten, zurückgestellt werden.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-bundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

Die Gewerkschaften und der Krieg im Fernen Osten.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich in seiner Sitzung am 2. März mit den weltpolitischen Gefahren beschäftigt, die aus der Fortdauer des Krieges im Fernen Osten sich ergeben können, wenn der Völkerverbund, dem Sinn seiner Existenz und seiner Aufgaben zuwider, sich weiterhin unfähig verhält, obwohl es seine Pflicht gewesen wäre, diesen Krieg ohne Kriegs-erklärung schon vor Monaten aus eigener Initiative durch aktives Eingreifen zu beenden. Die allgemeinen Friedenssicherungsverträge, die in den letzten Jahren in feierlicher Form abgeschlossen wurden, verlieren durch diese Passivität des Völkerverbundes, durch die Geheimdiplomatie der bewaffneten Großmächte und durch das unverantwortliche Verschleppen dringender Entscheidungen jede praktische Bedeutung. Der Bundesvorstand ist im Einvernehmen mit dem Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes der einmütigen Überzeugung, daß der Konflikt zwischen Japan und China niemals zu kriegerischen Aktionen dieses Ausmaßes hätte führen können, wenn die Signaturmächte des Versailleser Vertrages, die den Völkerverbund ins Leben gerufen haben und für das Maß seiner Aktivität verantwortlich sind, schon vor Jahren damit Ernst gemacht hätten, ihr Versprechen einzuhalten, gemäß dem deutschen Vorbild die Abrüstung durchzuführen oder wenigstens einzuleiten. Die Gewerkschaften erwarten, daß die deutsche Reichsregierung in der Völkerverbundsversammlung, die am 3. März zusammengetreten ist, ihren ganzen Einfluß ansetzen wird, eine klare Stellungnahme des Völkerverbundes herbeizuführen, um den Krieg Japans gegen China zu beenden und wirksame Sicherungen gegen die Bedrohung des Weltfriedens sowohl bei diesen Verhandlungen als auch bei den Beratungen der Abrüstungskonferenz durchzusetzen.

Verband Deutscher Siedler und Kleinbauern.

Am 1. März 1932 ist eine neue Organisation ins Leben getreten: Der Verband Deutscher Siedler und Kleinbauern! Der neue Verband umfaßt alle Siedler, die in einer vollen Akkernahrung ihre Existenz suchen. Seine besondere Aufgabe sieht er in der Ansiedlung von Landarbeitern. Wie schon der Name ausdrückt, will er darüber hinaus ein Freund und Berater aller Kleinbauern sein. Der Verband steht auf republikanischem Boden und will seine Arbeit mit allen Organisationen, die auf dem gleichen Boden stehen, in freundschaftlicher Zusammenarbeit erledigen. Das Organ des Verbandes ist die zweimal monatlich erscheinende Zeitschrift „Die Scholle“.

Die Anschrift des Verbandes lautet: Verband Deutscher Siedler und Kleinbauern, Berlin SW 48, Enckestr. 6. Die Geschäftsführung hat Albert Kreuzer, die Schriftleitung Walter Kwasnik übernommen. Ferner gehören dem Hauptvorstand an: Dr. Lipschitz, Georg Schmidt (M. d. R.) und Franz Spliedt.

Die Eintragung in das Vereinsregister steht bevor.

Berichte aus den Zahlstellen.

Breslau. Theodor Müller †. Am 27. Februar 1932 ist unser Kollege Theodor Müller in einem Sanatorium in Obergirg infolge eines Gehirnschlags gestorben. Er ist nicht ganz 61 Jahre alt geworden. Der Kollege Müller war vom 1. Oktober 1906 bis zum 31. Dezember 1911 Geschäftsführer der Zahlstelle Breslau. Außerdem hat er die verschiedensten Funktionen und Ehrenämter in der Arbeiterbewegung innegehabt. Er war Parteisekretär, Gefellschaffter der „Volksmacht“ in Breslau, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei daselbst, Korrespondent, Redakteur, hat als solcher drei Monate Gefängnis absolviert, war Landtagsabgeordneter usw. Theodor Müller war ein guter Kollege und ein guter Kämpfer. Nun ruhe aus, lieber Freund und Kamerad, wir kämpfen in deinem Sinne weiter!

Gera. Am 21. Februar tagte die Generalversammlung unserer Bezirkszahlstelle Gera-Hermisdorf-Greiz im Hermisdorfer Gewerkschaftshaus. Vom Hauptvorstand war Kollege Karl anwesend. Auch die Nachbarzahlstellen Kahla und Eisenberg hatten Gäste entsandt. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir: Leider hat das verfloßene Jahr in allen Industriezweigen der Zahlstelle Lohnabbau gebracht. Ohne die gewerkschaftliche Organisation hätten die Unternehmer ihre Sehnsuchtswünsche erfüllt gesehen. Wenn ihnen nicht alles geglättet ist, was sie wollten, vom Lohnabbau bis zur Beseitigung des Tarifvertrages, so darf auch unsere Zahlstelle das Recht für sich in Anspruch nehmen, das Menschenmögliche zur Verhinderung der Unternehmerabsichten beigetragen zu haben. Der Stahlhelm ist in einigen Betrieben mit dem Erfolg eingedrungen, die Abwehrfront der Arbeiter geschwächt zu haben. Das machte sich sofort bemerkbar. In einem Betrieb wurden gleich 40 Pfennig Stundenlohn geboten und in einem anderen wurde der Höchstlohn auf 60 Pfennig angesetzt. Ferien und andere Rechte gehörten natürlich der Vergangenheit an. Doch schon haben die verirrten Arbeiter ein Haar in der Stahlschmelze gefunden und es ist bereits der Auszug aus dem Hungerlande der „Staf“ erfolgt. Mehr als 200 Einsprüche bei den Arbeitsämtern mußten erledigt werden. Fast die Hälfte der Mitglieder sind erwerbslos, ein großer Teil arbeitet verkürzt und nur wenige haben volle Beschäftigung. Auch eine Anzahl Klagen vor den Arbeitsgerichtsbehörden waren zu erledigen. In bezug auf die Sozialversicherung konnten zehn Invalidenten und wiederum eine Reihe Berufskrankheitsrenten der Porzellanarbeiter erreicht werden. Allein in der Gruppe Porzellan wurde für die Mitglieder an Arbeitsgerichtsverfahren, All-, Kr-, Invalidenten- und Berufskrankheitsrenten ein Jahresbetrag von 22.526,75 Mk. erreicht. Dazu kommen noch zirka 150 Einsprüche bei den Arbeitsämtern für die anderen Branchen der Zahlstelle, Klagen und sonstige Vertretungen, die materiell einen fast ebenso hohen Wert darstellen. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 111.712 Mk. Die Lokalkasse balanciert mit 55.013 Mk. Um die Verwaltung aktionskräftiger zu machen, lag ein Antrag auf Änderung des Ortsstatuts vor, der die Zahl der Verwaltungsmitglieder auf acht beschränkt und ferner verlangt, daß die Mitglieder der Verwaltung je einen Unterbezirk zur Agitation und zu Mitgliederversammlungen erhalten. Des weiteren sollen nach wie vor auf je 50 Mitglieder ein Delegierter zu den in Zukunft quartalsmäßigen Vertreterversammlungen gewählt werden. Das Ortsstatut wurde einstimmig angenommen. In die neue Verwaltung wurde als dritter Bevollmächtigter Kollege Heineke (Gera) gewählt, außerdem wurden die Kollegen Schönmann (Greiz), Franke (Eing), Lindner (Triebs), Gänther (Leumnitz), Peters (Kaulitz) gewählt. Kollege Karl hielt alsdann einen Vortrag über „Gewerkschaften und Wirtschaftskrise“. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Mit einem Appell, dem Verbandsrat für die Zukunft die Treue zu halten, in der Agitation nicht zu erlahmen und die Gewerkschaftsbewegung zu fördern, wurde die gut verlaufene Generalversammlung geschlossen.

Gräfenhain. Vertreterversammlung. In Reichmannsdorf tagte am Sonntag, dem 21. Februar, die Vertreterversammlung der Bezirkszahlstelle Gräfenhain. Anwesend waren aus 18 Betrieben 31 Vertreter einschließlich der Ortsverwaltung. Kollege Kohlschütter erstattete den Geschäftsbericht für das Jahr 1931. Ende des Jahres waren von der Mitgliedschaft 50 Prozent arbeitslos, 30 Prozent kurzarbeitslos und nur 20 Prozent voll beschäftigt. In den vorgetragenen Zahlen spiegelt sich die Not und das Elend unserer Wohnbevölkerung wider. In 400 Fällen wurden Rat und Auskunft erteilt, in 91 Fällen die Vertretung vor Arbeitsgerichten, Oberverwaltungsamt, Spruchauschuss, Spruchkammer, Gangschiedsamt usw. übernommen. Die ersteinstimmige Summe betrug 6034 Mk. Im Berichtsjahr wurden 168 Kenaufnahmen gemacht. Die Mitgliederzahl hat sich nicht wesentlich verändert. Die Hauptkasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 27.933,31 Mk.; die Beiträge sind zum größten Teil für Unterstützung an die Mitgliedschaft zurückgezahlt. Invalidentenunterstützung vom Verband erhalten in unserer Zahlstelle 24 Kollegen und Kolleginnen. Die Lokalkasse balancierte in Einnahme und Ausgabe mit 10.761,06 Mk. In der jährlich geführten Diskussion brachten die Kollegen aus den Betrieben zum Ausdruck, daß von der Unternehmenseite die tariflichen Bestimmungen umgangen werden. Die besonders krassen Fälle, u. a. die außer wirtschaftlichem Druck erzwungenen Unterschriften auf Verzichtserklärungen sollen vor dem Arbeitsgericht noch geklärt werden. Von allen Diskussionsrednern wurde betont, daß wir uns mit der gefälligen Arbeit lassen können. Wie kleinlich und unbedenklich wirkt da die Manufakturerei der Heiden vom Dritten Reich. Auch ist es in Erinnerung, daß der Herr, der sich jetzt als Arbeitervertreter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei ausblät, vom Arbeitsgericht zur Erfüllung und Beachtung der tariflichen Bestimmungen gezwungen werden mußte. Kollege Kohlschütter gab im Schlußwort die Abwehrmaßnahmen der freien Gewerkschaften gegen die Gewerkschaftsvergifter bekannt. Die Ortsverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt.

Leipzig. Generalversammlung. Die Vertreter der Bezirkszahlstelle Leipzig waren am Sonntag, 21. Februar, zu ihrer Jahresgeneralversammlung zusammengetreten. Bis auf 3 Vertreter aus 2 Ortsgruppen waren die Delegierten vollzählig erschienen. Der Geschäftsführer, Kollege Fischer, gab den Geschäftsbericht. Er kennzeichnet die wirtschaftspolitische Situation und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für die organisierten Arbeiter. Wir fanden in härtestem Kampf. Durch hinterhältige Angriffe und Verleumdungen der Gewerkschaften durch die kommunistischen Führer wurde ein geschwächt, und da den Unternehmern neben der KPD auch die Wirtschaftskrise zu Hilfe kam, konnten wir den Angriffen der Unternehmer nicht entgegenhalten. Wir mußten fast in allen Industriezweigen einen Lohnabbau hinnehmen. Kollege Fischer führte an Hand von umfangreichen Materialien den Nachweis, daß die KPD, unseren Verband immer dort, wo er in härtestem Kampf um die Lohn- und Arbeitsbedingungen stand,

am schmutzigsten verleumdete. Objektiv haben damit die Kommunisten immer dem Unternehmer geholfen. Die Parole der KPD hierbei war: „Wenn wir auch nicht gewinnen, die Hauptsache ist, daß wir die freien Gewerkschaften dabei zerbrechen.“ Neben den Lohnbewegungen hatte die Organisation im Laufe des Jahres zahlreiche Vertretungen vor den Arbeitsgerichten und vor den Arbeits- und Versicherungsämtern zu übernehmen. Eine rege Versammlungs- und Agitationsstätigkeit, viele Kultur- und Bildungsveranstaltungen und anderes mehr mußten durchgeführt werden. Trotz der Not- und Krisenzeit konnte die Organisation 155 neue Mitglieder gewinnen. Die Organisation hat sich innerlich geläutert und gefestigt, und in Orten, wo früher die kommunistische Opposition dominierte, wie in Weitzenfels, Webau, Merseburg, kamen die Leute nicht einmal dazu, überhaupt Vorschläge für die Verwaltung oder Vertreter machen zu können. Die Mitgliedschaft hat sich einmütig und geschlossen von den politischen Bankrotteuren abgemandt. Die entscheidende Auseinandersetzung mit den Feinden der Arbeiterklasse hat begonnen. Der Sturm der Entrüstung, der über Deutschland braust, hat auch unsere Kollegen erfasst, kampfbereit stehen wir bereit und sind überzeugt, daß wir in diesem Kampfe siegen. Kollege Blasius gab den Kassenbericht. Trotz starker finanzieller Anspannung hat die Organisation Großes geleistet. In der anschließenden lebhaften Diskussion beteiligten sich sieben Kollegen. Es wurde nühbringende und befruchtende Kritik geübt. Bei den nunmehr stattfindenden Wahlen wurde die Zahlstellenverwaltung bis auf einen Kollegen wiedergewählt. Nach einer ausgiebigen Aussprache über unsere nächsten Aufgaben, die Agitation und über die vorliegenden Anträge aus den Ortsgruppen fand die arbeitsreiche Tagung mit einem dreifachen Hoch auf den Fabrikarbeiterverband ihr Ende.

Salzungen. Am Sonntag, dem 14. Februar, fand in Bad Salzungen im Gasthaus „Röhnblick“ die Generalversammlung der Bezirkszahlstelle Bad Salzungen statt. Es waren 80 Delegierte aus allen Branchen des Verbandes erschienen. Besonders stark war die Delegation aus dem Kaltevier vertreten. Der 1. Bevollmächtigte, Kollege Johannes Räger, eröffnete und begrüßte die Konferenz. Der Geschäftsführer, Kollege Apel, gab den Geschäftsbericht. Die Mitgliederzahl ist stabil geblieben. Der größte Teil der Beitragsgelder ist in Form von Unterstützungen den Mitgliedern wieder zugeflossen. So wurden in unserem Gau im Berichtsjahr 1931 an Unterstützungen ausgezahlt insgesamt 1.043.920,17 Mk. gleich 85 Prozent der Beiträge. Der Hinweis des Kollegen Apel, daß auch alle Fabrikarbeiter sich in die Eisene Front einzureihen hätten, fand lebhaften Zustimmung. Die Aussprache war sehr lebhaft. Die Delegierten aus dem Kaltevier machten darauf aufmerksam, daß der starke Mann vom Winterhal-Kongress, Herr Koster in Kassel, in einer der letzten Nummern des „Kaltevierers“ geschrieben habe, „daß man bei der Schlange den Kopf zertreten müsse“, und er stellte die alten abgeleiteten Forderungen der Unternehmer auf: Beseitigung der Tarifverträge, Abbau der Löhne, Zunichtmachung der Sozialversicherung. Mit diesem Rezept kann Herr Koster die Seele der Kalarbeiter nicht gewinnen, das hat die Konferenz in Salzungen gezeigt. Die Walze ist auch schon zu alt, als daß sie bei den Kalarbeitern noch Eindruck machen könnte. Dann sprach Kollege Hofer über: „Die Kalarbeiter in der Wirtschaftskrise“. Reicher Beifall belohnte den Referenten. Die bisherige Ortsverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt.

Stuttgart. Unsere Zahlstelle hielt am Sonntag, dem 21. Februar, im Metallarbeiterheim ihre Generalversammlung ab. Der Geschäftsführer, Kollege Berner, erstattete den Geschäftsbericht. Das Jahr 1931 brachte wohl für die Arbeiterschaft wenig sichtbare Erfolge. Dies lag aber nicht an den Gewerkschaften, sondern an den schlechten wirtschaftlichen und auch politischen Verhältnissen; insbesondere sollte der Einheitsfront des Kapitals die einige und geschlossene Front der Arbeiterschaft entgegengesetzt werden. Es ist geradezu eine Leichtfertigkeit, wenn es heute noch Kollegen gibt, die die Schuld an unseren trostlosen Verhältnissen der Organisation in die Schuhe schieben wollen. Unsere Betriebsräte sind allgemein gehemmt in der Ausübung der aus dem Betriebsrätegesetz sich ergebenden Rechte. Die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln, diese Mahner und Verfechter des Rechts der Arbeiterschaft zu brüskieren oder zu beseitigen. Wir haben in der Zahlstelle Stuttgart nicht weniger als 15 verschiedene Industriezweige mit den entsprechenden Tarifverträgen. Der Beschäftigungsgrad ist wie im übrigen Deutschland jedoch so, daß nur ein kleiner Teil unserer Kollegen in Vollarbeit steht. Viele Versammlungen und Verhandlungen usw. mußten stattfinden, um die Interessen unserer Mitglieder wahrzunehmen. In 46 Arbeitsgerichtsverfahren wurden ein Geldbetrag von 5713 Mk. für unsere Kollegen erteilt. Wir müssen aber auch die heutige Rechtsprechung der Arbeitsgerichte manchmal einer Kritik unterziehen, weil allzooft der Anspruch erweckt wird, daß dort nicht immer Recht, sondern oftmals mehr „Recht“ gesprochen wird. Den Kassenbericht gab Kollege Hall. Der Mitgliederstand konnte gehalten werden. Die Diskussion war recht ausgiebig. Die jetzige Ortsverwaltung wurde mit Ausnahme eines Kollegen wiedergewählt. Ebenso wurde der Vorschlag der Ortsverwaltung für den Gauvorstand gegen wenige Stimmen angenommen.

Zorn. Am 18. Februar fand unsere gut besuchte Jahreshauptversammlung statt. Kollege Eich ging in seinem Geschäftsbericht auf die Wirtschaftskrise, ihre Ursachen und Wirkungen ein und zeichnete in kurzen Strichen das Programm und die Vorschläge der freien Gewerkschaften zur Behebung der Wirtschaft und zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit. Die Gewerkschaften werden ihre ganze Kraft einsetzen, die Regierung zu veranlassen, ihren bisherigen Worten endlich auch einmal Taten zur Behebung der Arbeitslosigkeit folgen zu lassen. Die Beschäftigungslage der einzelnen Industrien war in unserem Zahlstellenbereich nicht gut. Die Tafelgeschäfte in Zorn und das Hartsteinwerk in Falkenberg wurden vollständig stillgelegt. In der Steingutindustrie arbeitet am Zorn mit voller Belegschaft. Es waren 38,5 Prozent unserer Zahlstellenmitglieder arbeitslos. Die Agitation war besonders erichwert durch die starnpellose Heße der KPD, die durch die politische Zerküftung der Arbeiterbewegung in unserem Bezirk besonders Nährboden hat. Trotzdem konnten 55 Kenaufnahmen gemacht werden. Damit war der Verlust von 61 Mitgliedern wieder wettgemacht. Die einstimmige Wiederwahl der alten Verwaltung bewies, daß die Mitglieder mit der geleisteten Arbeit einverstanden waren. Zum Schluß behandelte Kollege Eich den Sinn und Zweck der Eisernen Front. Es gilt jetzt, den Faschismus vernichtend zu schlagen, um dann mit ungebrochener Kraft an die Wiedereroberung der verlorenen Positionen heranzugehen. Der Aufbau des sozialistischen Staates sei nur auf dem Boden der demokratischen Verfassung möglich. Diese gilt es zu verteidigen. E. Eich.

Waldenburg. An der Jahreskonferenz der Delegierten des Bezirks Waldenburg nahmen 33 Delegierte aus allen Ortsgruppen teil. Nach einer Ehrung der im Berichtsjahr verstorbenen 33 Mitglieder durch den 1. Bevollmächtigten, Kollegen Kühn, referierte Generalleiter Landtagsabgeordneter Lehmann (Hirschberg) über „Arbeiterklasse und Faschismus“. An Hand geschichtlicher Unterlagen schilderte er die Art des Entstehens antisemitischer Bewegungen, gab ein Bild der gesamten Struktur des Faschismus als Schattengruppe des reaktionären Arbeitgebertums, geschafften zur Niederkämpfung und Entrechnung der Arbeiterklasse. An der eisernen Mauer des deutschen arbeitenden Volkes werden sich die Feinde der Republik und der Arbeiterrechte die Köpfe einrennen. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Kühn. In allen Betrieben wurde die Zahl der Beschäftigten stark vermindert. Kurzarbeit und Stilllegungsaktionen waren an der Tagesordnung. Die Zahlstelle hatte bei 436 Mitgliedern am Jahresende 1251 Arbeitslose und 1367 Kurzarbeiter. In der Porzellanindustrie ist im Laufe von zwei Jahren die Zahl der Beschäftigten von rund 3000 auf knapp 2000 gesunken. Das bedeutet eine erhebliche Erschwerung der Agitationsmöglichkeit. Die Tarif-

verträge wurden gehalten. Dem fakträftigen Eintreten des Verbandes gelang es häufig, die oft sehr weitgehenden Wünsche der Unternehmer abzuwehren, wenn es auch nicht gelang, jeden Lohnabbau zu verhindern. Obwohl die Ergebnisse der 4. Noverversammlung in der Lohnfrage noch nicht im Bericht enthalten sein konnten, wurde festgestellt, daß die versprochene Preissenkung im Vergleich zu der zwangsläufigen Lohnsenkung bis jetzt nicht annähernd eingetreten ist. Bei dem von den Arbeitgebern in den Betrieben ausgeübten Druck auf die Akkorde wurde den betreffenden Kollegen alle mögliche Hilfe zuteil. Die Bildungsarbeit wurde ebenfalls recht rege betrieben. Der Verbandsfilm „Aufstieg“ wurde in zehn Vorstellungen vorgeführt. Bei den Betriebsrätearbeiten im Berichtsjahre trat erstmalig die Opposition mit eigenen Listen hervor. Nach der Statistik ergibt sich, daß bei einer erfassten Belegschaftszahl von 4936 in 22 Betrieben 108 Betriebs- und Arbeiterratsmitglieder gewählt wurden. Davon gehören den freien Gewerkschaften 93, den christlichen 2 an. Selbe, Nazis und Unorganisierte erhielten 7, die KPD 6 Vertreter trotz über Behmehalten. Durch Vertretungen vor Behörden und anderen Instanzen wurde in 1781 Fällen Rechtshilfe geleistet. Klagen wurden 598, durchgeführt, worunter ein Teil Massenklagen enthalten sind, die gewonnen wurden. Nur drei wurden verloren. Wegen Verleumdung der Angestellten wurden zwei Klagen durchgeführt, die mit der Vertretung der Betroffenen endigten. Aus dem Kassenbericht des Kollegen Schiemann ging hervor, daß die Hauptkasse mit 142.893 Mk. und die Lokalkasse mit 85.774 Mk. bilanzieren. An Unterstützungsgeldern wurden im Berichtsjahr 92.000 Mk. aus der Hauptkasse und 8879 Mk. aus der Lokalkasse ausgegeben. Die Invalidentenunterstützung des Verbandes beziehen bereits 183 Mitglieder, davon 34 Frauen. An der Aussprache beteiligten sich viele Kollegen, die beachtenswerte Hinweise auf wichtige Vorkommnisse in den Betrieben vortrugen. Mit einem Schlußwort des Kollegen Kühn und dem Appell, in alter Treue für den Verband zu wirken, fand die Konferenz mit einem begeisterten Hoch auf den Verband ihr Ende. Für die Frauenkommission wurde die Kollegin Ihme mit beratender Stimme in die Verwaltung zugewählt. Es wurden sodann die Neuwahlen der Verwaltung vollzogen. Die Verwaltung besteht im Berichtsjahr neben den Bevollmächtigten Kühn und Schiemann (Waldenburg) und Schneider (Saarau) aus den Kollegen Elsson (Altwasser), Meyer (Waldenburg), Meier (Königsfeld), Laube (Sophtenan), Kleinert (Nieder-Salzbrunn), Gabler (Stanowitz), Hippe (Sandberg), Eich (Kallendorf), Winterberg (Großhofen).

Weißwasser. Unter Beteiligung von 88 Delegierten und der Angestellten fand am 21. Februar im Volkshaus die Jahreshauptversammlung unserer Bezirkszahlstelle statt. Kollege Lange ergötzte den Schriftlich vorliegenden Geschäftsbericht. Im Jahresbericht 1931 waren 2641 Arbeitslose vorhanden, gegen 2108 Ende 1930. Außerdem arbeiteten im Dezember etwa 3000 Mitglieder verkürzt. Unter diesen Verhältnissen mußte im Jahre 1931 der Kampf geführt werden gegen noch stärkere Verkürzung der Löhne, wie es die Unternehmer wünschten. Nur den Gewerkschaften ist es zu verdanken, wenn die Arbeitgeber nur zu einem geringen Teil ihr Ziel erreichten. Auf tariflichem Gebiet wurden für alle Branchen, mit Ausnahme der Ziegelindustrie, wieder Tarife abgeschlossen. Die Entwicklung der Verhältnisse in der Ziegelindustrie, wo bereits im verfloßenen Jahre Löhne gekürzt wurden, die zum Teil unter den heutigen liegen, beweist am besten die Notwendigkeit der Tarife. Hier zeigte sich recht erkennbar, daß ein ungünstiger Tarif noch viel besser sein kann als gar keiner. 84 Klagen beim Arbeitsgericht, 32 vor Tarifschiedsgerichten, 416 Einsprüche beim Arbeitsamt und 721 Versammlungen, Sitzungen und Verhandlungen mit Arbeitgebern beweisen die Fülle der Aufgaben und die Arbeit, die heute den Gewerkschaften erwächst. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresende 1931 insgesamt 7855. Kollege Fiebig gab den Kassenbericht. Die Jahresrechnung schließt für die Hauptkasse mit 299.177,73 Mk. ab. Davon wurden 167.767,85 Mk. an die Mitglieder für Unterstützungen gezahlt. In der sehr sachlichen Diskussion wurde lebhaft kritisiert, daß durch die Frauenarbeit in den Schleifereien die Männerarbeit vollkommen verdrängt werde. Die Bundesleitung soll erlucht werden, dagegen einzuschreiten. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab die einstimmige Wiederwahl aller bisher tätigen Kollegen. Ein Beweis der Anerkennung der geleisteten Arbeit. Im Schlußwort dankt Kollege Lange allen Funktionären und schließt mit den Worten: „Für uns alle gibt es daher für das Jahr 1932 nur eine Lösung, und die ist Kampf!“

Mundschau.

Der tote Kandidat.

Am 8. November 1923, abends, begann Hitler in München seinen berühmten Bierkellerputsch mit zwei Schüssen gegen den erschrocken auseinanderstreichenden Stück der Decke des Bürgerbräukellers. Hitler hielt eine fulminante Ansprache, in der er das Kabinett Knilling für abgesetzt, Herrn Raahr als Landesverweser für eingesetzt, den General Ludendorff zum Leiter der nationalen Armee erklärte, den Marsch auf Berlin ankündigte. Er schloß mit folgendem Satz: „Der morgige Tag findet entweder in Deutschland eine nationale Regierung oder uns tot. Es gibt nur eins von beiden.“

Die Arbeiterschaft wird dafür sorgen, daß Hitler morgen politisch tot ist.

Die bürgerliche Presse lobt Thälmann.

Große Freude im kommunistischen Lager. Unerhörtes ist geschehen. Der „Dortmunder Generalanzeiger“ hat Thälmann (Thälmann ist russischer Reiter-General) eine Schmeichelei wegen seiner Kandidatenrede gesagt. Und nun geht insolge dessen ein Artikel durch die ganze KPD-Presse mit der knuppeldicken Überschrift: „Thälmanns gesamt Redefachlich, undemagogisch und phrasenlos.“ Also ein Ereignis, noch nie dagewesen, kaum glaublich. Welche Ehre, der „Generalanzeiger“, man denke und staune! Ein Abschnitt in der Geschichte ist dieser Tag, der wert ist, alle Jahre gefeiert zu werden. Welche Wendung durch — — — ? Weil die KPD so entzückt ist von dem Lobe des „Dortmunder Generalanzeigers“ an Thälmanns Rede, besteht die Gefahr, daß die KPD-Funktionäre ihrem Meister nachzueifern, beschleichen die KPD-Presse, und sachlich, undemagogisch und phrasenlos werden.

Das ist leider nicht zu erwarten. Wegen die eigenen Klaffengenossen bleibt die KPD nach wie vor unfachlich, demagogisch und drischt Phrasen. Die KPD kämpft nur gegen die Gewerkschaften und gegen die SPD, aber nicht gegen die bürgerliche Gesellschaft. Die KPD hat sich also nicht geändert; sie war schon immer so. Sie muß doch auf ihre Freunde von der Schwerindustrie Rücksicht nehmen, mit denen sie voriges Jahr Hand in Hand zum Volkentscheid in Preußen ging, um Braun und Severing zu stürzen.

Verbandsnachrichten.

Gau 16, Düsseldorf.

Unser Büro befindet sich seit dem 1. März 1932 Wallstraße 10 (Volkshaus), 2. Etage, Zimmer Nr. 28 und 29. Unsere Telefonnummer 126 11 bleibt bestehen. Die Gauleitung.

Papier-Industrie

Verwendungszwang und Papierholzzoll.

I.

Die Einführung eines Ausgleichszolles von 2 Prozent auf den Wert des nach Deutschland eingeführten Zellstoffes laut vierter Notverordnung vom 15. Februar 1932 an veranlaßt den deutschen Waldbesitz anscheinend, erneut den Ruf nach der Einführung eines Papierholzzolles zu erheben. Seit 1892 ist die Einfuhr von Papierholz nach Deutschland zollfrei, wenn — nach den heutigen Zollvorschriften — das eingeführte Papierholz nicht über 1,20 Meter lang und am schwächsten Ende nicht über 24 Zentimeter stark ist.

Neben einem allgemeinen Papierholzzoll verlangt die deutsche Forstwirtschaft einen staatlichen Verwendungszwang von deutschem Papierholz für die Papiererzeugungsindustrie.

Der „Reichslandbund“ vom 23. Januar 1932 begründet dieses Verlangen u. a. folgendermaßen:

„Nach den Erfahrungen der Landwirtschaft genügt ein Verwendungszwang allein nicht, um den Inlandspreis auf die gewünschte Höhe zu bringen, sondern es bedarf dazu durch das Mittel des Zolles einer Einwirkung auf die Preise für die betr. ausländischen Waren. Danach wäre nur Verwendungszwang in Verbindung mit einem ausreichenden Zollschutz geeignet, einen ausreichenden Verbrauch inländischen Papierholzes zu angemessenen Preisen zu sichern.“

Die Forderung nach Verwendungszwang und Zollschutz als Mittel zur Preisfreibildung entspricht ganz der Denkmalsart der deutschen Landwirtschaft in allen Preisfragen ihrer Erzeugnisse. Die Forderung dieser Staatsbürger offenbart sich erst in ihrer ganzen Schönheit, wenn man beachtet, daß die deutsche Forstwirtschaft den deutschen Papierholzbedarf gar nicht zu decken vermag. Die nachstehende Zusammenstellung bestätigt dieses.

Papierholz-Anfall, -Einfuhr und Verbrauch in Deutschland.

Jahr	Anfall	Einfuhr In Raummeter	Verbrauch
1912	3 820 500	2 893 500	—
1913	3 867 500	3 341 000	7 575 000
1925	2 899 000	5 482 100	8 300 000
1926	3 867 000	4 363 151	8 392 000
1927	—	4 549 313	9 308 000
1928	—	5 376 806	9 753 000
1929	—	6 030 615	10 245 000
1930	—	5 023 211	—
1931	—	4 200 000	—

Der Anfall von Papierholz im deutschen Walde wurde nach den Angaben von Dr. G. Reinhold in der „Papierholzversorgung“ von Fest- in Raummeter umgerechnet.

Die Angaben über den Papierholzverbrauch der deutschen Papiererzeugungsindustrie sind dem Berichte des Enqueteausschusses entnommen.

Für 1931 sind die Papierholzeinfuhrzahlen nur vorläufig ermittelt, also noch nicht endgültig.

Die deutsche Papierholzausfuhr beträgt im Jahresdurchschnitt nur rund 30 000 Raummeter und fällt deshalb gegenüber der Papierholzeinfuhr nicht ins Gewicht.

Die deutsche Papierholzproduktion beträgt nach Dr. Reinhold in Deutschland günstigenfalls 4 350 000 Festmeter oder 5 655 000 Raummeter. Damit würden also rund 50 Prozent des deutschen Papierholzverbrauches gedeckt, wenn man den Verbrauch für 1929 als Höchstverbrauch veranschlagen wollte. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß sich die Begriffe zwischen billigstem Papierholz und Brennholz oftmals überschneiden, und daß Papierholz gleichzeitig als Grubenholz im Bergbau Verwendung findet.

Der Antrag der deutschen Forstwirtschaft auf Einführung eines Verwendungszwanges und Erhebung eines Papierholzzolles bedeutet deshalb bewußt eine dauernde Verteuerung des wichtigsten Rohstoffes der deutschen Papiererzeugungsindustrie.

Papierholzlagerhaltung.

Die Zellstoff- und Holzstoffindustrie ist aus technischen und wirtschaftlichen Gründen gezwungen, ständig ein größeres Lager an Papierholz zu unterhalten. Der Papierholzbedarf steigt in den einzelnen Zellstoffabriken — nicht in Konzernen — bis auf 730 000 Raummeter im Jahre. Das bedeutet nicht nur große Lagerhaltung, sondern auch den Abschluß längerer Holzlieferungsverträge. Nach den Ermittlungen des Enqueteausschusses lagerten in Deutschland im Durchschnitt in der Papiererzeugungsindustrie:

1925	= 4 728 000 Raummeter Papierholz,
1926	= 5 219 000 Raummeter Papierholz,
1927	= 6 402 000 Raummeter Papierholz,
1928	= 7 076 000 Raummeter Papierholz,
1929	= 6 850 000 Raummeter Papierholz.

Das bedeutet, daß die deutsche Papiererzeugungsindustrie gezwungen ist, ungefähr 80 Prozent ihres Jahresbedarfes an Papierholz auf Lager zu haben.

In der deutschen Forstwirtschaft ist aber der Abschluß langer Lieferungsverträge nicht üblich, sondern das Verfeinerungssystem vorherrschend. Nach allen bisherigen Erfahrungen würde aber die Land- und Forstwirtschaft ohne Bedenken diese Lasten zu Preissteigerungen benötigen. Die Ausnützung des Papierholzes bis zu 60 Prozent der Papierholzproduktionsmöglichkeit des deutschen Waldbesitzes in guten Wirtschaftsjahren beweist diese Behauptung.

Preissteigerungen in der Papierindustrie. Die Folge des Verwendungszwanges und der Einführung eines Papierholzzolles müßte sich in Deutschland zu einer Steigerung der Papierpreise und damit zu einer Verteuerung

der Rohstoffe für die Papierverarbeitungsindustrie (einschließlich des graphischen Gewerbes) auswirken. Diese Verteuerung würde sich aber um so schärfer auswirken, je weniger die deutsche Papierindustrie auf eine Beteiligung am Wettbewerb auf dem Weltmarkte verzichten kann. Der innenpolitische Erfolg dieser Maßnahmen wäre: verstärkter Produktionsrückgang und damit Steigerung der Arbeitslosigkeit, Verschlechterung der Volkshygiene und Schädigung der Bildungsmöglichkeiten des deutschen Volkes.

Auf die außenpolitischen Wirkungen werden wir im nächsten Abschnitt des Artikels eingehen. G. Stähler.

Fliegerei!

Anfang Januar wurden in einem deutschen Fachblatt in einer hervorstechenden Anzeige ausländische Facharbeiter für die bulgarische Papiererzeugungsindustrie gesucht. Das „Wochenblatt für Papierfabrikation“, in dem diese Firmen sonst ihre Arbeitnehmer suchen, fand diese Untreue verdächtig und wandte sich an diese Firmen.

Durch Schreiben vom 18. Januar 1932 antwortete die „Sam-Patak-AG“, daß „ganz ohne Wissen und ohne jede Veranlassung“ dieser Firma die Stellenangebote erschienen seien, da der Betrieb „keinerlei Posten vakant“ habe.

Die „Bulgarische Forstindustrie AG“ antwortete am 16. Januar 1932, daß sie keine Inserate derartiger Angebote aufgegeben habe, und daß bei ihr „alle Stellen besetzt“ seien, und daß es „ihre Pflicht“ sei, daß diese den Lesern nicht entsprechende Mitteilung als Inserat erscheinen konnte.

Mit Recht erklärte diese Firma, daß „damit den deutschen Stellenjuchenden kein guter Dienst geleistet worden sei“.

Es scheint also, daß ein gelbbesetzter Fliegler durch Aufgabe dieses Inserats sich einen schlechten Scherz geleistet hat. Für die arbeitslosen deutschen Spezialarbeiter, die sich in der Hoffnung auf Verdienst um diese Scheinstellung bewarben, bedeutet dieses aber eine Vergewandlung von Geldmitteln, eine empfindliche Schmälerung ihrer mageren Unterstützung und einen Betrug an Hoffnung auf Arbeit. Derartige Lausbubereien sollten nicht nur zurückgewiesen, sondern auch empfindlich bestraft werden, denn es ist eine Gefährlichkeit abzuweisen, sich auf eine derartig unanständige Weise über die Arbeitslosen lustig zu machen. Es dürfte nicht allzuschwer sein, den Inserenten ausfindig zu machen. G. Stähler.

Nahrungsmittel-Industrie

Deutschlands Außenhandel an Frischgemüse und Obst sowie an Obst- und Gemüsekonserven.

Die deutschen Konservenfabrikanten klagen bei jeder Gelegenheit sehr über die Auslandskonkurrenz. Namentlich wird darüber geklagt, daß deutsche Gemüsekonserven nicht abzusetzen sind, weil zu viel Frischgemüse von Holland eingeführt wird. Dabei taucht die Frage auf, kann Deutschland seinen Bedarf an Frischgemüse überhaupt selbst decken? Wenn das so wäre und wenn die deutsche Landwirtschaft Frischgemüse zu jeder Zeit und vorteilhafter anbietet als das Ausland, dann hätten wir doch diese große Einfuhr nicht. Nachstehende Aufstellung gibt eine Übersicht darüber, wie sich die Einfuhr an frischem Obst, Gemüse sowie an Obst- und Gemüsekonserven in den letzten Jahren gegenüber dem Jahre 1913 entwickelt hat.

Einfuhr von frischem Obst und Gemüse sowie Südfrüchten:

Warengattung	1913			1930			1931		
	Menge in dz			Menge in dz			Menge in dz		
Gemüse:									
Rothohl	157 375	322 644	164 643	41 145	98 926	102 344	48 366	160 292	115 803
Weißkohl	48 366	160 292	115 803	590 999	1 227 412	1 060 778	24 131	63 064	37 949
Wirsingkohl	—	—	—	—	7 644	7 330	7 830	2 403	2 663
Blumenkohl	—	—	—	—	8 358	14 606	13 691	13 691	13 691
Rosenkohl	—	—	—	—	8 358	14 606	13 691	13 691	13 691
Melonen	—	—	—	—	8 358	14 606	13 691	13 691	13 691
Rhabarber	—	—	—	—	8 358	14 606	13 691	13 691	13 691
Spargel	—	—	—	—	8 358	14 606	13 691	13 691	13 691
Tomaten	184 133	884 760	746 808	12 221	12 221	8 805	479 980	420 041	440 528
Pilze	—	—	—	—	12 221	8 805	183 749	181 967	89 266
Zwiebeln	—	—	—	—	183 749	181 967	34 077	14 448	10 830
Bohnen	—	—	—	—	34 077	14 448	313 562	687 379	564 747
Erbsen	—	—	—	—	313 562	687 379	479	69	231
Gurken, Kürbisse usw.	—	—	—	—	479	69	203 123	72 407	54 266
Meerrettich	—	—	—	—	203 123	72 407	367 371	373 491	313 532
Kartoffeln, Kohlrabi usw.	—	—	—	—	367 371	373 491	259 683	4 917	6 100
Salat, Spinat, Bräuseler Zichorie	—	—	—	—	259 683	4 917	3 037 038	4 548 691	3 740 314
Petersilie, Sellerie	—	—	—	—	3 037 038	4 548 691	3 740 314	3 740 314	3 740 314
Obst:									
Apfel	4 400 474	2 437 545	1 185 349	384 137	353 881	451 345	38 100	204 406	330 584
Birnen, Quitten	—	—	—	—	38 100	204 406	94 101	92 266	109 385
Pflirsche	—	—	—	—	94 101	92 266	80 414	139 816	130 190
Zweifeln	—	—	—	—	80 414	139 816	82 873	48 360	45 564
Aprikosen, Mirabellen	—	—	—	—	82 873	48 360	242 066	76 479	40 335
Kirschen, Weichseln	—	—	—	—	242 066	76 479	—	93 055	88 198
Erdbeeren	—	—	—	—	—	93 055	—	—	—
Him-, Johannis-, Stachelbeeren	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brom-, Heidel-, Preiselbeeren	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Südfrüchte:									
Bananen	450 508	1 184 657	1 103 632	1 452 728	3 518 976	2 777 622	367 371	724 494	753 480
Apfelsinen, Mandarinen	—	—	—	—	367 371	724 494	4 934	11 095	13 700
Zitronen	—	—	—	—	4 934	11 095	—	117 228	116 977
Jedrafrüchte, Mandeln	—	—	—	—	—	117 228	—	—	—
Feigen, frisch oder getrocknet	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ananas, frisch oder ohne Zucker	—	—	—	—	—	—	—	—	—
eingekocht	30 794	77 759	29 123	—	—	—	—	—	—
2 306 335 5 634 209 4 794 534									

Die Zusammenstellung zeigt, daß die Gesamteinfuhr an Gemüse, Obst und Südfrüchten im Jahre 1931 rund 10,9 Millionen Doppelzentner betrug, im Jahre 1930 wurden diesen Waren rund 13,7 Millionen Doppelzentner eingeführt. Die Einfuhr an Frischgemüse, Obst und Südfrüchten ist mithin im letzten Jahre um rund 2,8 Millionen Doppelzentner gesunken. Die Senkung beträgt beim Frischgemüse über 800 000 Doppelzentner, bei frischem Obst über 1 Million Doppelzentner und bei den Südfrüchten beträgt der Rückgang ebenfalls über 800 000 Doppelzentner. Bei der Einfuhr von Frischgemüse war aber bereits im Vorjahre ein starker Rückgang zu verzeichnen. Wenn es also richtig ist, daß die Einfuhr des ausländischen Frischgemüses der Konservenindustrie die schärfste Konkurrenz macht, dann hat diese Konkurrenz in den letzten Jahren ganz erheblich nachgelassen.

Stark zurückgegangen ist auch die Einfuhr von Obst- und Südfrüchten. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Konservenindustrie das eingeführte Frischobst zum Teil selbst zu Konserven verarbeitet. Vergleichen wir die Einfuhrzahlen mit dem Jahre 1913, dann ergibt sich, daß die Frischgemüse-einfuhr immer noch rund 700 000 Doppelzentner höher ist als 1913. Die Einfuhr von frischem Obst aber ist um rund 3,1 Millionen Doppelzentner niedriger als im Jahre 1913. Dafür ist die Einfuhr von Südfrüchten um rund 2,5 Millionen Doppelzentner höher als 1913. Frischobst, Frischgemüse und Südfrüchte zusammen erreichen mit rund 10,9 Millionen Doppelzentner 1931 ungefähr die gleiche Höhe bei der Einfuhr wie im Jahre 1913, wo die Einfuhr dieser Waren rund 10,8 Millionen Doppelzentner betrug.

Nun ist es aber nicht so, daß die Einfuhr von Frischgemüse auf Kosten des deutschen Anbaues geschieht. Es steht fest, daß der Gemüseanbau in Deutschland in der Nachkriegszeit sehr stark gestiegen ist. Wenn trotzdem noch so große Mengen Frischgemüse eingeführt werden, so liegt das daran, daß auch der Verbrauch an Gemüse in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Solange es aber nicht möglich ist, in Deutschland durch die eigene Erzeugung diesen erhöhten Verbrauch zu decken, kommen wir ohne die Einfuhr von Frischgemüse nicht aus.

Wie sich die Einfuhr von Obst- und Gemüsekonserven entwickelt hat, darüber gibt nachstehende Aufstellung Aufschluß: Einfuhr von Obst- und Gemüsekonserven.

Warengattung	1910		1931	
	Menge in dz		Menge in dz	
Champignons in Salzwafler	3 959	3 736	1 906	3 507
Pilze, Tomaten usw.	10 097	3 578	3 507	24 603
Trocken Gemüse, Speisebohnen usw.	37 465	37 682	100 689	15 669
Apfel, Birnen, getrocknet	147 483	80 151	12 713	11 326
Äpfel, von Äpfeln, Birnen usw.	12 713	11 326	32 046	41 922
Aprikosen, Pflirsche, getrocknet	32 046	41 922	410 759	194 105
Zweifeln, getrocknet	410 759	194 105	11 400	58 810
Kirschen, Prünellen, getrocknet	11 400	58 810	16 073	47 744
Obst, zerkleinert, Mus	16 073	47 744	33 763	30 683
Südfrüchthalen, Jedrafrüchte	33 763	30 683	3 776	20 468
Zitronensaft	3 776	20 468	12 594	18 475
Anderere Fruchtstäfte, Obstkräuter	12 594	18 475	1 764	1 763
Obst, Südfrüchthalen usw.	1 764	1 763	814	400
Fruchtstäfte, Schachtelmaus	814	400	8 539	8 364
Kapern, Oliven, Sardellenbutter und Feinkostwaren	8 539	8 364	5 960	6 354
Fleischkonserven	—	—	36 485	771
Milchkonserven	—	—	—	969
Aprikosenmus, Tomatenkonserven	—	—	779 730	666 086
			810 771	810 771

Die Einfuhr von Konserven ist also 1931 gegenüber 1930 um 144 685 Doppelzentner gestiegen. Bedeutet das, daß die ausländische Konservenindustrie der deutschen durch diese Mehreinfuhr eine größere Konkurrenz machte? Ein Vergleich der einzelnen Posten zeigt, daß das nicht zutrifft. Die Einfuhrsteigerung ist nicht bei den konservierten Früchten und Gemüsen, sondern in erster Linie beim getrockneten Obst eingetreten. So ist die Einfuhr von getrockneten Aprikosen und Pflirschen um 34 809 Doppelzentner gestiegen. Die beiden Positionen getrocknete Zweifeln sowie Kirschen, Prünellen usw. weisen eine starke Verschiebung auf. Das ist auf Änderungen bei den Zollpositionen zurückzuführen. Zählen wir die Zahlen dieser beiden Rubriken zusammen, dann ergibt sich hier eine Einfuhrsteigerung gegenüber dem Vorjahre von 105 189 Doppelzentner. Also bei dem getrockneten Obst ist allein eine Einfuhrsteigerung von 140 000 Doppelzentner zu verzeichnen. Da die gesamte Steigerung nur 144 685 Doppelzentner betrug, so bleibt für die übrigen Warengruppen nur noch ein geringer Prozentsatz. Dieser entfällt aber dann in erster Linie wieder auf Säfte und zerkleinertes Obst.

Wozu werden nun die getrockneten Früchte in erster Linie verbraucht? J. L. werden sie im Haushalt verwendet. Ein erheblicher Teil aber geht in die Konservenindustrie und wird dort weiterverarbeitet. Dieser Teil dient also der Industrie als Rohstoff und kann ihr mithin keine Konkurrenz sein. Es kann also festgestellt werden, daß bei den eigentlichsten Konserven die Einfuhr im letzten Jahre nicht wesentlich gestiegen ist. Verglichen mit dem Jahre 1913 ergibt sich eine Mehreinfuhr von 30 000 Doppelzentner. Die Einfuhr war aber in den Jahren 1927, 1928, 1929 viel höher.

Wie hat sich nun die Ausfuhr obiger Warengattungen entwickelt? Eine Gemüseausfuhr aus Deutschland kommt kaum in Frage, da wir auf die Einfuhr des ausländischen Gemüses in erheblichem Umfange angewiesen sind. Trotzdem der Gemüseanbau in Deutschland in den letzten Jahren erheblich gestiegen ist, wird unser Verbrauch durch den deutschen Anbau nicht gedeckt. Wie steht es mit der Ausfuhr von Konserven? Nehmen wir bei der Ausfuhr die gleichen Warengattungen der Konserven, wie wir sie bei der Einfuhr erfaßt haben, dann betrug die gesamte Ausfuhr 1930 = 126 911 Doppelzentner, 1931 dagegen 106 233 Doppelzentner. Die Ausfuhr von Konserven wäre also um rund 20 000 Doppelzentner zurückgegangen. Gemessen an der gesamten Produktion ist die Konservenausfuhr aus Deutschland sehr gering. Der größte Teil davon entfällt auf die Posten: Fleischkonserven, Aprikosen- und Tomatenmus. Für die übrigen Konservensorten bleibt mithin nur noch ein geringer Teil. Es kann also gesagt werden, daß die Einfuhr von frischem Obst und Gemüse in den letzten Jahren bedeutend zurückgegangen ist, die Konkurrenz für die deutsche Konservenindustrie wurde durch den Einfuhrrückgang bedeutend vermindert. E. Senkfeil.

Literarisches.

Handbuch des guten Lesens und der feinen Gifte von K. v. Frank. Vierzehnte Auflage 345 000. 304 Seiten. Preis vornehm gebunden 3,50 Mk. Guggenheim & Co. Max Hoffes Verlag, Berlin-Schöneberg 1. Wenn ein Buch über den guten Lesens in kurzer Zeit eine Auflage von 345 000 Exemplaren erlebt, so ist dies ein Beweis sowohl für das Bedürfnis dieses Buches als auch für seine Güte. Von all den zahlreichen Büchern der gleichen Art ist uns keine bekannt, das so viele Vorzüge in sich vereinigt, wie gerade dieses. Nicht von blutleeren, reinen Formalitäten; überall geht die Verfeinerung der ästhetischen Formen mit innerer Bereicherung, stets mit der höchsten Hand in Hand. Kein Füllwerk, kein Stand, keine Lebenslage ist unberücksichtigt gelassen. Jedenfalls möchten wir das Buch als bestes Geschenk zu jeder Gelegenheit, besonders zur Konfirmation und zu anderen wichtigen Anlässen empfehlen.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Anilin

10. Fortsetzung.

Ebenso wie mit der politischen Schulung der Arbeiter stand es auch mit der gewerkschaftlichen Organisation in der Fabrik. Gewiß gab es einige Arbeiter, die gewerkschaftlich organisiert waren, besonders unter den Maschinen-, Heizer- und Handwerker. Aber die Mehrzahl der Betriebsarbeiter wußte so gut wie nichts davon. Vielen war sogar das Wort „Organisation“ ein fremder Begriff, dem sie verständnislos gegenüberstanden. Solidarität und Zusammengehörigkeit gab es bei ihnen nicht. Kollegial, ja, das waren sie gegeneinander bei der Arbeit. Aber diese Kollegialität äußerte sich meist nur dann, wenn es galt, einen Vorgesetzten zu verpöffeln, Wiße und Schabernack zu treiben. Sie hörte aber dort auf, wo das persönliche Interesse seinen Anfang nahm. Die meisten Arbeiter kamen eben von auswärts, hatten daheim ein Häuschen, etwas Land, waren also nicht ganz heillos. Deshalb konnten die Gewerkschaften auch außerhalb des Betriebes fast nie an sie herankommen. Diese ungelerten Arbeiter bildeten das Bleigewicht an den Ketten der Industriearbeiterschaft. Versuchte man solche vollständig Indifferente aufzuklären, bekam man meist recht grobe und ebenso dumme Antworten.

„Was —? Teilen wollt ihr? Wir haben uns unser bißchen Zeug erspart, zusammengehungert, die anderen haben sich nichts erarbeitet, nichts gespart, alles verjubelt, und jetzt kommen diese nichtsnutigen Sozialisten und wollen teilen? Da sollt mir einer kommen! Aufwiegen und verheben wollen sie die Arbeiter bloß, Revolution machen und alles kaputt schlagen.“ So betete es ihnen die bürgerliche Presse vor, und sie plapperten es verständnislos nach.

Wieder andere begriffen wohl, was ihnen gesagt wurde, aber sie glaubten es nicht. „Was —, ihr paar Männchen wollt die Unternehmer zwingen, mehr Lohn zu zahlen, wollt die Welt umstürzen, eine andere Wirtschaftsordnung aufbauen? Die Unternehmer werden das niemals zugeben, niemals die Macht aus der Hand geben!“ Mit solchen Worten hatten sie eigentlich beauftragt, was ihnen von aufgeklärten Kollegen gesagt wurde. Nämlich, daß sie niemals eine weitestehende Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erhoffen könnten, wenn sie sie nicht selbst erzwingen, erkämpfen.

Solche Arbeiter waren schon halb gewonnen. Es fehlte ihnen nur noch der Glaube. Die Fabrik hatte ihr Denken umnebelt, ihren Willen geblödet, ihnen den Glauben an sich selbst und ihre Zukunft genommen. Sie glaubten nur an die reale Macht, an reale Tatsachen, sie glaubten nur der Fabrik mit ihrem Dunst, Gestank und Schmutz, an die Willkür ihrer Vorgesetzten und vergaßen sich selbst und ihre eigene Klasse.

Peter und Stephan waren trotz des lehreren Verheiratung und wöhren: sie in der Fabrik nur selten einander begegneten, Freunde geblieben. Peter machte öfter Besuche bei Stephan. Die beiden hatten sich bescheiden eingerichtet. Doch war es gemütlich bei ihnen und sauber. Stephan's Frau gab sich alle Mühe, ihre Wohnung in Ordnung zu halten. Sie hatte anfangs viel lernen müssen. Stephan hatte oft gemurmelt, wenn das Essen nicht so zureichend war, wie er es wünschte. Aber die Weibliche schaffte es nach und nach doch. Beide kamen im Grunde genommen nicht schlecht miteinander aus.

Als Peter eines Abends wieder bei Stephan anklopfte, kam ihm dieser fertig angezogen entgegen.

„Na, willst du ausgehen, wenn ich komme?“ fragte Peter.

„Ja, Peter! Da ist eine Versammlung in der Wirtschaft zur Stadt Frankfurt, da gehen wir einmal zusammen hin.“

„Was ist das für eine Versammlung?“ erkundigte sich Peter näher.

„Ich weiß es auch nicht. Mir hat's einer gesagt auf dem Export. Es müssen bald irgendwelche Wahlen sein. Deshalb käme einer, der die Arbeiter darüber aufklären soll, was und wie sie wählen sollen. Es wäre ein tüchtiger Redner, und er wäre vom Bezirk als Wahlkandidat aufgestellt. Diesmal bräuchten ihn die Arbeiter bestimmt durch, wenn alle zusammenhielten, hat mir der Kollege gesagt“, erklärte Stephan.

Peter bejahte sich einen Augenblick. „Man könnte eigentlich einmal hingehen“, sagte er schließlich.

„Herr Götter, geben Sie etwas auf meinen Mann acht, er kann nicht ruhig sein, wenn etwas los ist. Am besten würdet ihr dabei bleiben“, mahnte Frau Purzell besorgt.

„Kümmere dich um deinen Haushalt, das andere geht dich nichts an!“ fuhr Stephan an.

„So, das geht mich nichts an? Und wenn du dann in der Fabrik fortgeschickt wirst, sitzen wir da...“ Frau Purzell hatte wirklich Angst.

„Rege dich nicht künstlich auf, Frau. Wir gehen und damit fertig“, erklärte Stephan jetzt bestimmt. „Peter, los!“ Damit schob er seinen Freund zur Zimmertür hinaus.

Seine Frau zupfte Peter noch am Armel. „Haben Sie ein bißchen auf ihn acht. Er ist ein Hühnerkopf“, meinte sie ängstlich.

Peter lachte. „Nur keine Sorge, Frau Purzell. Wir kommen schon gesund und munter wieder.“

Das nicht übergroße Versammlungstokal war schon bis zum letzten Platz besetzt, als sie hinkamen. Von außen drückten sich jedoch immer noch mehr in den Saal. Lauter Arbeiter, zwischen durch kam auch mal ein neuerlicher Angestellter oder Bürger. Alle diskutierten eifrig, einzelne schimpften erregt und ballten die Fäuste.

An mehreren Tischen drängten sie sich zusammen, während einer etwas erklärte. Dazwischen saßen andere, lauernd, hörend, damit ihnen ja kein Wort und kein Teilnehmer entging. In den Ecken saßen Reagierende, die nicht gesehen werden wollten. Das waren meist solche von der roten Fabrik. Im ganzen Saale wogten, zitterten, knisterten die Dispute auf, wie ein unruhig gährendes Meer vor dem Sturm. Einige ließen mit einer roten Kerle im Knopfloch zwischen den Tischen herum und teilten Flugblätter aus.

Die meisten Versammlungsteilnehmer arbeiteten auf Bankstühlen in Maschinenfabriken waren Portefeuilles. In einem Tische hatten alle ohne Ausnahme rote Kerlen angeheftet. Das waren Buchdrucker.

Auf dem Podium an einem kleinen Tisch hatten sich zwei Männer niedergelassen. Vor ihnen lagen Zeitungen, ein Tisch Flugblätter und eine kleine Glocke. Rechts und links vom Tische standen zwei junge Burschen, jeder hielt eine mächtige rote Fahne in der Hand.

Peter und Stephan konnten gerade noch auf einer Bank zu zwei Ecken Platz finden. Einer mit einer roten Kerle stand jedoch auf. Peter wollte den Platz erst nicht annehmen. Der andere haßte ihn aber mit Genosse angesprochen und gesagt, er könne auch stehen, habe schon mehrere solcher Versammlungen mitgemacht. Der Mann schloß ihnen Verkanten ein.

Gleich darauf kam auch der Kollege, der Stephan zu dieser Versammlung eingeladen hatte. „Es freut mich“, sagte er, „daß du da bist. Das gibt eine imponante Versammlung. Der Wahlkandidat ist selbst gekommen.“ Und auf das Podium zeigend erklärte er: „Der mit dem Zwickel und den hochgehämten Haaren ist es. Der war schon beim Allgemeinen Arbeiterverein und hat auch schon mehrere Male hinter schwedischen Gardinen gesessen, weil er für die Arbeiter eingetreten ist.“ Peter starrte schmerzhaft nach dem Wahlkandidaten. Er kam aus dem Stutzen nicht mehr heraus. Schon diese lärmenden, gestankelten, unruhigen Arbeitermassen, die gar nicht so sehr zu hören waren wie in der Fabrik, sondern gerade und frei ihre Meinung herausjagten, machten ihn verwirrt.

Roman von Feix Molinar

Und da soll nun sogar einer sein, der schon im Gefängnis war, nur weil er für die Arbeiter eintrat? So einer soll heute zu ihnen sprechen? Das hatte er ja nicht für möglich gehalten. Bisher glaubte er immer, es wäre niemand und keiner da, der etwas für die Arbeiter übrig habe, etwas für sie tun würde, und da soll nun einer hier sein...?

„Peter, häi häi“, rief es ihm plötzlich vom Nachbartische aus zu. Wie er sich umwendete, bemerkte er den Alois Strohmann, der an Stephan's Stelle in der Fabrik mit ihm arbeitete.

„Dein Füllereikollege ist ja auch da“, sagte Stephan, der ihn auch kannte.

Peter stieß ihm in die Rippen. „Ich weiß nicht, der ist doch sonst beim Kriegerverein und auch beim Kirchenchor. Paß auf, Stephan, der ist bloß hier, um zu sehen, wer von der Füllerei in der Versammlung ist.“

In diesem Augenblick erhob sich der Versammlungsleiter und schwenkte ein paar mal seine Glocke. Sogleich trat lautlose Stille ein.

„Im Namen der Sozialdemokratischen Partei“, begann er, „begrüße ich Sie und heiße Sie herzlich willkommen! Es erfüllt uns mit Stolz, daß Sie so zahlreich unserer Einladung gefolgt sind. Unter Genosse und Wahlkandidat Hochgraf wird Ihnen unser Programm vorgetragen, das als Grundlage unserer Arbeit für die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft in der neuen Wahlperiode ausgearbeitet wurde. Ich erlaube hierzu dem Genossen Hochgraf das Wort.“ Der Referent erhob sich und ließ einen Augenblick seine Augen prüfend über die Versammlung gleiten, als wolle er jedem einzelnen ins Herz sehen.

Im selben Moment erhob sich auch am vorderen Tische ein Polizeiergeant und stellte sich, während er seine weißen Handschuhe über die Finger strich, groß und breit schultrig vor das Podium. In Peter fibrierte jeder Nerv vor Spannung. Es schien ihm unerbört, und er bekam einen Mordrespekt vor dem Mann auf der Rednertribüne, der es wagte, in Gegenwart eines Polizeibeamten zu den Arbeitern zu sprechen.

„Arbeiter, Klassen-genossen!“ redete er die Versammlung an. Er sprach deutlich mit etwas verhaltener Stimme.

„Es gibt im Leben des Menschen manchmal Tage, ja manchmal Stunden, die entscheidend sind für das Schicksal seiner Zukunft, seiner Familie, seines ganzen ferneren Lebens. Und so gibt es auch im Leben der Arbeiterklasse vereinzelt Tage, die ebenfalls entscheidend sein können für das Schicksal und die Zukunft der gesamten Arbeiterschaft. Das sind die Tage, an denen die Arbeiter frei sind, trotz der fäglichen Fron, trotz der Fesseln und Ketten, mit denen eine rücksichtslos herrschende Klasse und eine brutale Wirtschaftsordnung sie geknebelt hat. Tage, an denen sie selbst über ihr ferneres Schicksal bestimmen können. Dieser Tag der Freiheit, der einzige Freitrag im Leben der Arbeiter nach langen und harten Tagen der Fron, der Knechtschaft und Unterdrückung ist der Wahltag. An diesem Tage ist der Arbeiterschaft diejenige Macht in die Hand gegeben, mit der sie in den Stand gesetzt wird, an ihren Ketten und Fesseln, an dieser Gesellschaftsordnung zu rütteln. Es ist die Nacht ihrer Einigkeit, ihrer Geschlossenheit, die Macht ihres geeinten Willens, der dadurch zum Ausdruck gebracht werden kann, indem sie sich nicht mehr willenlos von den schönen Reden und Phrasen ihrer Unterdrücker einschläfern läßt, sondern selbst bestimmt, wer ihre Geschicke lenken soll und wie sie gelenkt werden sollen.“

Ich habe euch gesagt, die Arbeiterschaft besitzt nur einen Freitrag nach langen und harten Monaten und Jahren der Fron, ist nur einmal frei, um sich gegen ihre Unterdrücker recken und stemmen zu können. Und doch ist es nicht ganz so, wie ich euch sagte. Selbst an diesem Tage schleppt ihr eine eiserne Kette mit ins Wahllokal, eine Kette, mit welcher man euren freien Willen geknebelt hat, damit er der herrschenden Ordnung nicht gefährlich werden kann. Diese Kette ist das Dreiklassenwahlrecht. Man hat die Wähler in drei verschiedene Klassen eingeteilt. Zu welcher ein Mensch gehört, bestimmt nicht er selbst, wird auch nicht bestimmt nach der Leistung oder seinen geistigen und körperlichen Fähigkeiten, sondern das richtet sich nach seinem Geldbeutel. Das ist das Verwerflichste und Unerbötlichste, was man auch Arbeitern an Unrecht antun hat. Man knebelt damit euren politischen Willen, beraubt euch des größten Rechtes, das ein Staat seinen Bürgern zu geben hat. Solange dieses Bollwerk, das die herrschende bürgerliche Klasse gegen die Arbeiterklasse errichtet hat, besteht, wird sie niemals ganz frei sein, niemals in den Genuß ihrer wirtschaftlichen Freiheit gelangen. Gegen dieses Bollwerk gilt es daher in erster Linie anzukämpfen, es gilt hinwegzuräumen die Hindernisse der geistigen Trägheit und des Indifferentismus. Wir müssen den Gedanken der Selbsterkenntnis in die Massen schenken; wir müssen mit dem Feuer der Begeisterung die Solidarität und die Einigkeit in ihnen wachrufen; denn nur Einigkeit und Geschlossenheit führt zum Ziel, das wir uns gesteckt haben. Und zwar die Befreiung der Arbeiterklasse von dieser Ordnung des Staates, von dieser Wirtschaft.“

Der Polizeiergeant fing sichlich an, nervös zu werden. Die Versammlung lautete mit äußerster Spannung den Worten des Redners. „Was ist einer von euch im Räderwerk der kapitalistischen Wirtschaft?“ fuhr der Redner fort. „Nichts ist er! Nur der Rassel zum Sarge seiner eigenen wirtschaftlichen Freiheit. Was ist einer von euch in der Schwermühle der fäglichen Fron in der Fabrik, auf der Bankstelle? Nichts ist er, als ein lebendiges Bündel Ware, das von den Vorgesetzten geschürgelt, von den Fabrikherren ausgebeutet wird! Was dann übrig bleibt, wird man wie ein nutzlos gewordenes Holz oder verrottenes Eisen auf den Abfallhaufen. Was kann ein einziger tun, um mehr Lohn, bessere Behandlung, kürzere Arbeitszeit zu erreichen? Nichts kann er! Höchstens, daß er durch das Fabriktor flieht, wenn er sich rührt. Tausend Mann seid ihr in der Fabrik. Tausend Mann gehen morgens durch das Fabriktor, stehen an den Kesseln, an den Bänken, bedienen die Maschinen, schüren die Feuer in den Kesselhäusern, fransen in den Werkstätten und aumen die gesundheitsgefährlichen Gase in den Gießhöhlen ein. Tag für Tag. Wochen, Monate und Jahre tut ihr das Morgens geht ihr in die Fabrik, abends aus der Fabrik in ödem, immerwährendem Trost. Die Fabrik ist eure Gesundheit, eure Jugend, eure Lebenskraft. Sie zehrt an eurem Körper, umnachtet euren Geist, überpinselt ihn mit Gift und vergiftet ihn mit Giftgasen. Euer Leben ist eine ewige Fron für die Fabrik. Und was gibt sie euch dafür? Wie entschuldigst sie das Opfer, das ihr mit dem Herzblute eurer Jugendheit für die Fabrik bringen müßt? Kärzliche Löhne und einen Hunger, den ihr nicht pariert oder alt und verbraucht seid. Das andere fressen die Fabrikherren in ihre Taschen.“

Die Versammlung wurde unruhig. Erregte Zwischenrufe der Zustimmung flatterten gegen die Rednertribüne.

„Nur, wenn das Geschäft gut gegangen ist, wenn recht viel Profit aus euch herausgeschwunden wurde, dann legen die Fabrikherren ein freundliches Gesicht auf und überlassen euch mit einer großen Geste einen Bruchteil eines verdienten Lohns als Geschenk. Das ist die Fabrik. Sie gehört euch nicht, keiner von euch hat teil daran. Ihr arbeitet in fremder Fabrik, mit fremdem Gerät, für euch fremde Fabrikherren. Groß und mächtig ist sie durch eure Arbeit geworden, und eure Fabrikherren wurden reiche Leute.“

Und ihr? Ist da einer unter euch, der heize nicht noch genau so arm ist wie an dem Tage, da er in die Fabrik kam? Ist da einer unter euch, der trotz einem arbeitsreichen Leben ohne Sorgen ins Alter gehen kann?

(Fortsetzung folgt.)

Großvaters Garten.

Von Johannes Wunsch.

Warm und golden glänzt die liebe Sonne vom tiefblauen Himmel hernieder. Im Grase zirpen die leichtsinnigen Grillen ihr frohes Sommerlied, und im benachbarten Weizenfeld steigen die Lerchen herzensgerade in die Höhe und singen und jubeln im Sonnenlicht. Ist heute hoher Festtag in der Natur?

Sinken im großen Obstgarten picken die Säbner die grünen Grashalmchen ab und suchen begierig nach Würmern, Käfern und anderem Gekier. Eine alte Gluckhenne zieht mit ihren zwölf gelb-braunen Küken stolz vorüber, um endlich unter der breiten Haselnußhecke am Gartenzaun haltszumachen und sich auszuruhen von allen Strapazen des Hühnerlebens. Auf dem Hofe steht einsam der Hahn oder Gockel; er breitet schwinghaft seine Flügel aus, reißt den langen buntfarbenen Hals hoch empor und kräftig erhaben sein melodisches und hellklingendes Kikeriki über Haus, Hof und Garten hinweg. Seine Hennen halten etwas auf ihn, ist er doch der stolzeste seines Geschlechts; der treue Hühnervater, der beständig mahnt und rufft und auch strafft, wenn es sein muß. Ordentlich Respekt haben sie vor ihm...!

Mieße, die Hauskacke, liegt faul auf der Staffel und träumt von Mäusefang und Speckschwarten, während Karo trägt vor sich hinblinzelt und als verantwortlicher Wächter erhaben auf die anderen hinabschaut, die an Würde und Ansehen tief unter ihm stehen; sein Hundestandpunkt ist fest und unerschütterlich...!

Da liegt er, Großvaters Garten! Ein herrliches idyllisches Plätzchen inmitten des rasenden Weltgetriebes. Ein Stück Paradies auf der buckligen Erdkugel. Ein unbezahlbarer Tummelplatz für Kinder und Enkel, Nichten und Neffen. Ein verschwiegenees Stelldichein für jung und alt.

Alte ehrwürdige Obstbäume schmücken ihn und spenden kühlen Schatten in reicher Fülle an heißen Sommertagen. Dort der knorrige Paradiesapfelbaum und daneben der schlanke Birnbaum mit seinen prachtvollen Madameschenkel- oder Pastorenbirnen, wie die saftigen Früchte heißen... Wer hat nicht schon davon gegessen? Und welchen Herz schlägt nicht behender beim Anblick dieser köstlichen Gaben des Himmels? Ein breitästiger Kirschenbaum mit glattschwärzen Herzkrirchen fehlt nicht, nach denen die Buben und Mädchen mit sehnsüchtvollen Augen blicken. Gebt acht, ihr lieben Kinder! Adam und Eva mußten es teuer bezahlen und wurden hinausgetrieben aus dem himmlischen Großvaters Garten... Habt ihr schon vergessen, was ihr in der Schule gelernt habt? — Du sollst nicht — du darfst nicht...!

Ach, du garterst Gockel! Wer kann denn diesem Genuße widerstehen, den Großvaters Garten bietet vom Frühling an bis in den Spätherbst hinein? Von der frühen Kindheit an bis zum reifen Mannesalter? Im Frühling das Erwachen der Natur, die Knospen und Blüten der verschiedensten Arten und Farben. Im Sommer und Herbst die reifen Früchte: Kirschen und Pflaumen, Mirabellen und Zwetschgen, Äpfel und Birnen, Nüsse und Kernen und daneben noch so allerhand. Es hat auch keinen Wert, zu schimpfen und zu schelten.

Im Grase liegt ein blondhaariges Mädchen mit langen Zöpfen und schalkhaften Augen und singt in den goldenen Sommertag hinein, daß es eine Lust ist, ihm zuzuhören. Es ist ja der Liebling vom Großvater, der Wildfang des Gartens und kann sich alles erlauben, ohne bestraft zu werden. O glückliche Kindheit, o seltsame Jugend! Wie bist du zu beneiden von allen Menschen! — Tiefe Wehmut ergreift das Herz, wenn ich zurückdenke an Großvaters Garten. Und nicht umsonst hat der Dichter so fräutig gesungen:

„Aus der Jugendzeit, aus der Jugendzeit
Klingt ein Lied mir immerdar.
Ach, wie liegt so weit, ach, wie liegt so weit,
Was mein einst war!“

Und erst der Großvater selbst, dem dieses schöne Paradies gehörte! Wie war er doch stets so gut und nachsichtig, wenn wir Adam und Eva spielten und an die so streng verbotenen Früchte des Gartens gingen! Da lächelte er nur und drohte mit dem Finger. Aber gestraft hatte er nicht. Er konnte es gar nicht. Nur damals wurde er ernstlich böse, als wir Kinder an seine Honigtöpfe gerieten und riesige Brotschnitten in die begehrte Süßigkeit hineinfunkten, ohne zu wissen, daß dadurch der Honig ganz und gar verdorben wurde. Waren wir bei einem Hasen geblieben; aber der Teufel riß uns, und wir gingen an alle Töpfe, die schon in Reih und Glied standen, sich gleichsam bewußt ihres köstlichen Inhalts. — Da wurde er böse, bitterböse, der gute Großvater, und er schalt uns nach Herzenslust. Alle Schimpfwörter seiner eigenen Jugend gab er uns zu kosten bis zur Neige, und betrübt zogen wir an diesem Abend nach Hause...!

Ach, da hatte er noch so eine liebliche Gewohnheit an sich. Wo er ging und stand, zupfte er an seinen Ohrspäppchen, die dadurch eine ganz ansehnliche Länge erhielten...!

Der Bienenstand aber war kein Augapfel. Die Bienen hegte und pflegte er Sommer und Winter; sie waren seine Freunde, und sie gaben ihm reichlich Honig. Er war ein richtiger Bienenwatter. Daher wurde er damals auch so böse, als wir an seinen Honig geraten waren...!

Um den Garten herum war eine dicke Hecke, in der wir so schön Versteckes spielen konnten. Da waren wir geschützt vor feindseligen Blicken. Und da fielen auch Birnen und Äpfel hinein, die schwer zu holen waren.

Wie schön war es an den Sonntagnachmittagen im Hochsommer, wenn wir im weichen Grase lagen und von Zeit zu Zeit eine reife saftige Birne vom Baume fiel, die dann herrlich schmeckte! Oder wenn die rotbackigen Äpfel reif waren, in die wir mit starken und geschundenen Zähnen kräftig hineinbissen, so daß bald nichts mehr davon da war...!

Da konnte der Großvater so herzlich lachen, daß man selbst hell auflachte und Purzelbäume schlug zu seiner und unserer Freude und Lust...!

Großvaters Garten! — Wie weit liegt er zurück im fernen Kinderland, wo frohes Glück uns lachte an treuer Vaterhand! Mit stiller Sehnsucht denken wir an die schönen und schaffigen Plätzchen, wo wir gespielt, gesungen und gelacht. Die Blumen blühten und die Vögel sangen, kein Leid des Lebens nahm unser Herz gefangen. Die Sonne schien so wunderbar hernieder und alles lang die schönsten Sommerlieder. So leb' denn wohl, du Garten meiner Jugend! Ich denke immerdar an dich, wo ich auch weile...!

Humoristische Ecke.

Um den Landjägerposten.

Berliner SA. unter sich: „Die Schwarz-Roten wollen den Anstaltungsvertrag nicht anerkennen? Laßt sie nur, wenn Goebbels am Ruder ist, kriegt Hitler den Posten doch noch!“

In der Schule.

„Am, Moritzchen“, fragte der Lehrer, „was kannst du mir über das Märchen von Heilbrunn erzählen?“

„Herr Lehrer, mein Vater sagt, Tratscherei über andere Kinder will er ein für allemal nicht haben!“

Der klinge Rekrut.

Feldwebel: „Kaczmarek, stellen Sie sich vor, Sie haben Wache. Es ist schon dunkel. Plötzlich kommt jemand von hinten, umfaßt Sie so, daß Sie von Ihrer Waffe keinen Gebrauch machen können. Was würden Sie tun?“ Kaczmarek: „Herr Feldwebel, ich würde sagen: Laß sofort los, Friebe, ich bin im Dienst!“